

# Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!  
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, i. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)  
Hauptklassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, i. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 9 Pfg. — Reichs- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Pettzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Versand kommende Ausgabe bis Montag 12 Uhr in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugs-gelder zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 4. Auflage 75 000 Chemnitz, Freitag den 26. Januar 1903. Auflage 75 000 18. Jahrgang.

Die Auflage dieser Nummer beträgt:



Weiter werden von uns 9000 „Gleichheiten“ versandt, also 84000 Blätter.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen und Posamentierern in Hamburg, Kiel, Magdeburg, Leipzig, Braunschweig, Offenbach a. M., Elberfeld, Barmen, Kettersberg in Neugersdorf, Zeugdruckern in Aresfeld, von Baumwollspinnern und Webern in Adin a. M., Leppichwebern in Treptow bei Berlin (G. Geblich), Webern und Wirtern in Ush i. B., von Webern und Weberinnen in Lörach (Wied), Buntwebern, von Textilarbeitern und Arbeiterinnen überhaupt in Braunschweig, Zeugdruckern in Aresfeld.

## Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1902.

Das Deutsche Reich scheint die von ihm Ende der achtziger Jahre inaugurierte Sozialpolitik nicht mehr verfolgen zu wollen. Das braucht nicht Verwunderung zu erregen, denn die Gegnerschaft gegen die bestehenden sozialpolitischen Gesetze ist in Unternehmertreuen eine so starke, daß die Regierung natürlich kaum wagen kann, das Gebiet der Sozialpolitik noch zu erweitern, ohne von dieser Seite auf ernstem Widerstand zu stoßen.

Uebrigens scheint die Reichsregierung den Gedanken, Sozialpolitik um ihrer selbst willen zu betreiben, vollkommen aufgegeben zu haben, denn der Minister für Sozialpolitik, Graf Posadowsky, erklärte anlässlich der Beratung des Budgets im vorigen Jahre im Reichstage, daß die Sozialpolitik eigentlich nur betrieben werde, um die Arbeiter, die sich von der Regierung abgewandt hätten, dieser wieder zuzuführen.

„Wir wollen“, sagte er, „Sozialpolitik treiben, indem wir dem Arbeiter eine wirtschaftlich vollkommen gleichberechtigte Stellung mit allen andern Erwerbsklassen einräumen, und wir wollen Sozialpolitik treiben, um dem Teile der Arbeiter, der im politischen und wirtschaftlichen Kampfe leider das Vertrauen zu der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung verloren hat, dieses Vertrauen zu der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung wieder zu erwerben.“

Das heißt wohl nicht anders, als daß die Arbeiter von der Sozialdemokratie abwendig gemacht werden sollen durch soziale Reformen.

Man weiß aber nun auch wohl zur Genüge, daß das nicht gelingt, und deshalb klagt man so sehr mit neuen sozialpolitischen Gaben.

Das ist ganz logisch. Aber gerecht ist es nicht. Wenn man schon dem „undankbaren“ Arbeiter, der konsequent der Sozialdemokratie treu bleibt, keine weiteren Zuwendungen machen will, so müßte man es doch tun wegen der ausgleichenden Gerechtigkeit, die angeblich auch mit der Sozialpolitik geschaffen werden soll.

Was aber im Vorjahre an sozialpolitischen Einrichtungen geschaffen worden ist, ist zum Teil sehr winzig, zum Teil sehr fragwürdig.

Es sind die Kaufmannsgerichte geschaffen worden, die längst feststehen, und mit dem Beginn dieses Jahres trat auch eine Verordnung in Kraft, die Maler und Anstreicher gegen das Bleigift schützen soll. Damit wurde auch nur eine Maßnahme getroffen, die längst zu einem dringenden Bedürfnis geworden war.

Man sieht, einige kleine sozialpolitische Verbesserungen sind auch im Vorjahre nicht ausgelassen, aber großezüge vermißt man in der Sozialpolitik gänzlich.

Doch halt! Das neue preussische Berggesetz, das aber natürlich nur für Preußen gilt, sollte ja eine großzügige sozialpolitische Gabe darstellen. Die Bergarbeiter erblicken jedoch in dem Gesetz eine solche Verhöhnung ihrer Forderungen, daß sie

sich am Jahreschluß von der Wahl der vorgeschriebenen Ausschüsse beharrlich fern hielten, womit sie gegen die Einrichtung, der von den reaktionären Arbeiterseinen eine geradezu revolutionäre Bedeutung für die Sozialdemokratie beigelegt wurde, in nicht mißzuverstehender Weise demonstrierten.

Es ist ja feinerzeit nicht übersehen worden, weshalb die Regierung nicht dem Reichstage, wo die Arbeiter ihre Vertreter haben, sondern dem preussischen Klassenparlament die Gesetzesvorlage machte; die Arbeiter wissen sehr wohl, weshalb dies geschah, und sie waren von vornherein mißtrauisch gegen das neue Gesetz. Dieses Mißtrauen ist in völlige Gegnerschaft ausgeartet durch die Art und Weise, wie die Feindenbarone das Gesetz anwenden, wodurch die Arbeiter noch schlechter daran sind, als sie vorher waren. Es gärt denn auch bereits wieder in Bergarbeiterkreisen. Im Herrenhause Preußens zeitigte das Berggesetz übrigens eine scharfmacherische Resolution zur Entziehung der dem Unternehmertum nicht ergebenden Arbeiter und zum Schutze der Rausreißer vulgo Streikbrecher.

Es ist auch ziemlich offen von Regierungsseite zugestanden worden, daß das Selbstverwaltungswort der Arbeiter in den Krankenkassen aufgehoben werden soll, ein Beginnen, das fernab vom Wege sozialen Fortschritts liegt.

Bergeblisch haben wir Textilarbeiter im verflochtenen Jahre auf den 3. Jahrestag gewartet, nicht einmal für die Textilarbeiterinnen ist er beachtet worden. Umfragen bei dem interessierten Unternehmertum haben ergeben, daß er nicht gewünscht wird. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind um ihre Meinung nicht gefragt worden.

Man braucht sich nur nach der Meinung der Unternehmer zu richten, weil es die einzige ist, die man eingeholt hat.

Wir können uns aber der Unbilligkeit nicht enthalten, an unsere wiederholten Kongressbeschlüsse zu erinnern, die den zehnjährigen Arbeitstag und den freien Sonnabend-Nachmittag fordern. Die Textilarbeiter gehören zum größten Teil mit zu den Arbeitern, die im politischen und wirtschaftlichen Kampfe das Vertrauen zu der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung verloren haben, um mit Herrn von Posadowsky zu reden. Wie wäre es, wenn man versuchen würde, sie durch Gewährung ihrer Forderungen mit dem Anhängel, der Forderung der Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung wieder zuzuführen? Ein Versuch wäre gewiß lohnend, wenn auch nicht in dem eben angezeigten Sinne, so doch in dem der ausgleichenden Gerechtigkeit, die ja der Regierung gleichfalls im Herzen liegt, wenn die ersten Worte des Grafen Posadowsky in dem obigen Zitat nichts weiter waren als eine Brücke zu dem Geständnis, daß die Sozialpolitik die Arbeiter wieder mit Vertrauen zur bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung erfüllen soll.

Wird die Reichsregierung in diesem Jahre durch Gewährung unserer Forderungen einen Befreiungsversuch mit uns machen? Wird sie uns gegenüber ausgleichende Gerechtigkeit üben? Wenn nicht, so werden wir versuchen müssen, durch eine wuchtige Massenbewegung zu Gunsten des zehnjährigen Arbeitstages zu befehlen und ihr zu zeigen, daß wir die von ihr angeblich gewünschte ausgleichende Gerechtigkeit nicht in der Ablehnung, sondern in der Bewilligung der Arbeiterforderungen erblicken.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

**Burgstädt.** Die am 14. Jan. im „Eichenhause“ stattgefundene öffentliche Versammlung der in der Stoffhandlungsbranche tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen war von 850—700 Personen besucht. Auch waren von der Firma Müller u. Gärtner einige Werkmeister anwesend sowie ihre Arbeitgeber. Die Versammlung nahm Stellung zu der Frage der Lohnkommission an die Fabrik. Nur ein Fabrikant hatte Antwort gegeben. Die Arbeiterin, Frau Wadwig, Dresden, schilderte in vortrefflicher Weise, daß Mann und Weib sich den Kapitalisten aufs Äußerste zu erwehren hätten und daß nur durch vereintes Anstreben an die Organisationsfrage eine Besserung zu erzielen sei. Einmütig nahm die Versammlung eine Resolution an, durch die die Direktion beauftragt wurde, sofort weitere Schritte zu unternehmen um unseren Forderungen Geltung zu verschaffen. Wenn die Arbeitererschaft stets so hinter ihren Vertretern steht, wird es ein hiesiges, bessere Zustände einzuführen. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Vortrages. Der Vorsitzende ersuchte damals alle Anorganisierten, sich unverzüglich dem Verbande anzuschließen. Allgemein wurde bemerkt, daß gerade aus der größten Fabrik Burgstädt bloß die Werkmeister da waren. Die anderen Arbeiter plängten durch Apathie. Bemerkten wollen wir es, daß wir nicht eher ruhen werden, bis andere Zustände im oben bez. Lindbach, Hartmannsdorf, Burgstädt eingeführt werden.

**Goerzfeld (Verdingung).** Wir erhielten folgenden Schreiben: „Auf Grund des Beschlusses Nr. 11 d. d. folgenden Bestimmung aufzunehmen! In Nr. 13 des deutschen Textilarbeiter ist von dem Vorstand des deutschen Textilarbeiter Verbandes eine Bestimmung veröffentlicht worden, betr. der Seilabtreiberin.“

Jetzt heißt es in der Nr. 3 des genannten Blattes, u. a. Es ist aber von dem christlichen Kollegen Südhoff zu unserem Kollegen Prax geäußert worden, daß Sie um das betr. Lokal nachherstag hätten betr. einer Weihnachtsfeier. Ferner es ist sogar der Kollege Südhoff aufgefordert worden, mit zu dem betr. Ort zu gehen und seine Behauptungen zu beweisen, was er jedoch ablehnte. Ich gebe folgende Erklärung: Es ist wahr das ich zu dem Ort Alteinherne gewesen bin um das Lokal. Bin aber nicht von dem christlichen Verband, sondern vom Turnverein dazu beauftragt worden. Ferner ist wahr das der Kollege Prax zu mir gesagt hat, ich sollte mit ihm zu dem Orte gehen. Habe aber unter Zeugen geantwortet, das thät ich nicht man konnte mich nur Anzeigen denn ich brauche doch nicht nach dessen Weise zu tanzen. Der getreue Berichterstatter möge sich folgendes zu Notiz nehmen „Justitia fundamentum regnorum“ „Achtungsvoll Th. Südhoff“ (Ist bleibt nur noch die Frage: Ist der erwähnte Turnverein ein christlicher? Die Redaktion.)

**Dielikon (Schweiz).** Ueber die Weberei von S. & A. hier ist die Sperre verhängt. Da die genannte Firma im Altjahr ländliche Agenten hat (z. B. Graf Kempen), so bitten wir den Zutritt nach Dielikon streng fern zu halten. Wegen etwa erscheinender Inserate oder mit sonstigen Anfragen wolle man sich an Joh. Rubel in Dielikon bei Zürich wenden.

**Eibenstock.** In der Hauptversammlung am 14. Januar erstattete der Vertrauensmann, Kollege Lorenz, den Jahresbericht. Eine Veränderung der Verwaltung trat nicht ein. Kollege Alban Strobel wurde als Kandidat aufgestellt, Kollege Ernst Kling als Delegierter gewählt. Eine lebhasse Debatte entspann sich über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die damit sich nötig machende Beitragserhöhung. Dem Kollegen Kling wurde gewünscht, daß jedem Fortschritt in der Gewerkschaftsbewegung der Weg gebahnt werde. Es wurde dann beschloffen, eine nochmalige Versammlung, die sich nur mit dieser Sache befassen soll, abzuhalten. Zum Schluß wies der Vertrauensmann, Kollege Lorenz, auf die Notwendigkeit eines besseren Versammlungsvesuches hin.

**Elsterberg.** In welcher frivolen Weise ehemalige Verbandsmitglieder, die die Wohltaten der Organisation in Anspruch genommen haben, gegen den Textilarbeiterverband agitieren, beweist der Weber Franz St. Demselben war während der Aussperrung das Unglück zugefallen, daß er sich beim Heberspringen eines Grabens den Fuß verstauchte. Er erhielt infolgedessen Krankenunterstützung in Höhe von 750 Mk. Daraufhin hatte das Streikkomitee Dölsau-Rotenhan, von wo er seine Unterstützung bezog, die Streikunterstützung verweigert. — St. beschwerte sich bei der hiesigen Ortsverwaltung in nicht gar zu freundlicher Tone, vermittelte in dem guten Glauben, neben dem Krankengeld auch noch die Streikunterstützung im Betrage von 11 Mark einzuheimsen. — Das hiesige Komitee einigte sich schließlich dahin, dem pp. St. 350 Mark zuzahlen, um das Mitglied zufriedenzustellen und es dem Verbande zu erhalten. Nachdem der Kampf zu Ende war, erklärte Herr St. seinen Austritt aus dem Verbande und suchte nun die Zentral- und Ortsverwaltung herabzusetzen, indem er in öffentlichen Lokalen die hohen Gehälter der Angestellten und Bevollmächtigten kritisierte; wenn die Mitglieder in Not gerieten, sei kein Geld da etc. Kollegen und Kolleginnen! Laßt euch durch solche Schwächeren, die nur der Eignisucht entspringen, nicht irreführen, der Deutsche Textilarbeiterverband hat jederzeit seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan, wie auch aus Vorstehendem deutlich hervorgeht. Bildet euch selbst ein Urteil über die Handlungsweise St.'s. Es wird euch dazu führen, für den Verband stets neue Streiter zu werben.

**Gürich.** Am 7. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Sie war gut besucht. Kollege Kl. als Kassierer erstattete den Bericht vom letzten Quartal. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Filiale 45 Mitglieder zählt, nämlich 27 männliche und 18 weibliche. Die Einnahmen betragen 220 Mark 80 Pf., denen Ausgaben von 184 Mark 75 Pf. gegenüberstanden. Als Delegierte zur Ortskrankenkasse wurden aufgestellt die Kollegen Graf und Zwickel und die Kollegin Frisch. In die Verwaltung wurden gewählt die Kollegen Weg, Zwickel, Vorsitzender; Johann Kl. als Kassierer; Johann Tschick, Schriftführer; Ferdinand J. Lieber und Georg Luz als Revisoren.

**Friedland (Kreis Waldenburg).** Die Arbeitgeber des Koalitionsrecht achten, das den Arbeitern im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet ist, beweisen einige in hiesigen Textilbetrieben in letzter Zeit vorgenommene Maßregelungen von Mitgliedern des Verbandes Deutscher Textilarbeiter. Bei der Firma Ledemann, mechanische Weberei, wurde acht Tage vor Weihnachten einem Kollegen in Gestalt der Kündigung ein Weihnachtsgeschenk zuteil. Dies wurde damit begründet, daß er Mitarbeiter durch die Aufforderung beizutreten haben soll. Mitglieder des Verbandes zu werden. Wahrlich eine christliche Tat von einem christlichen Arbeitgeber vor dem Feste der Liebe, wo überall verkündet wird: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Gleichgültig ging das

Gericht um, daß in diesem Betriebe noch einige andere Verbandsmitglieder die Kündigung erhalten sollten, was aber bisher noch nicht geschehen ist. Eine Kollegin nun, welche auch mit unter denen genannt wurde, die noch fliegen sollten, wollte der Kündigung ausweichen, indem sie bei der Firma Bendix um Arbeit anfragte. Es wurde ihr auch solche Verabredungen, und darauf löste sie selbst das Arbeitsverhältnis bei Bendix. Doch sie hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zwei Tage bevor sie ihre Arbeit bei Bendix antreten sollte, ließ man ihr sagen, daß sie nicht bei Bendix antreten dürfe. Nach dem Grund gefragt, erklärte ihr der Obermeister des Bendixschen Betriebes, daß ihm der Herr Direktor verboten habe, sie anzunehmen. Dieses Verbot rief recht bedenklich nach schwarzen Listen. Auch eine andere Arbeiterin, welcher bei der Firma W a s c h e u n d H e i n r i c h gekündigt worden war, hatte bei Bendix Arbeit angefangen, und auch sie mußte, als sie die Arbeit antreten wollte, beim Portierhaus wieder umkehren. Diese Kollegin soll bei W a c h e einen Arbeiter beschäftigt haben. Dieser, ein Mitglied des katholischen Arbeitervereins, hatte sich über die Kündigung beschwert. Und die Arbeiterin bekam seine Arbeit. Der Mann hat das mit seinem Gewissen abzumachen. Was die Fabrikanten mit ihrer Handlungsweise bezwecken, ist sehr müßig. Man will die Unorganisierten einschüchtern, damit sie sich ihren kämpfenden Kollegen nicht anschließen und weiter müßige Ausbeutungsobjekte bleiben. Aber das gerade Gegenteil von dem, was bezweckt wird, wird man erreichen. Durch solche Maßnahmen werden die Arbeiter mit Gewalt aus ihrer Schicksalslosigkeit ausgerüttelt, das beweisen am deutlichsten die fortwährenden Meldungen zum Verband. Den Mitgliedern des Verbandes ist aber durch diese Maßregelungen ein Agitationsmittel gegeben, wie wir es uns nicht besser wünschen können. Keiner darf verfallen, daselbst nach Kräften auszuweichen. Dienstag den 30. Januar, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Protestversammlung statt, in welcher Stellung zu den erfolgten Maßregelungen genommen wird. Deshalb ist es notwendig, daß alle Mitglieder in derselben erscheinen und jedes mindestens noch einen Unorganisierten mitbringt. Gerade diese Maßregelungen müssen den Ansporn bilden, desto eifriger zu agitieren und zu wirken, damit wir in die Lage kommen, bei Wiederholung solcher Vorgänge entschieden vorgehen zu können. Deshalb nochmals, Kollegen und Kolleginnen: überseht diese Sturmzeichen nicht, sorgt für Massenbesuch der Protestversammlung.

**Griechland (Bezirk Breslau).** Textilarbeiter-Versammlung vom 11. Januar. Der Bevollmächtigte erstattete, nachdem beschlossen worden war, wegen der in letzter Zeit erfolgten Maßregelungen eine öffentliche Versammlung einzuberufen, den Geschäftsbericht. Das abgelaufene Jahr ist danach ein sehr arbeitsreiches gewesen. Es haben stattgefunden: 9 öffentliche und 11 Monatsversammlungen, 13 Sitzungen der Geschäftskommission, 4 öffentliche und 3 außerordentliche Revisionen des Bevollmächtigten durch die Revisoren. Neue Maßnahmen wurden im Berichtsjahre 232 gemacht. Die Einnahmen im vierten Quartal 1905 betragen 553,46 Mk., die Ausgaben 452,77 Mk., mithin Kassenbestand 100,69 Mk. Die Ausgaben im letzten Jahre betragen mit dem Kassenbestand von 10,51 Mk. vom vor. Jahre: an Eintrittsgeld 68,70 Mk., an Beiträgen à 30 Pf. 1202,70 Mk., à 20 Pf. 385 Mk., an Zuschüssen zu den Beiträgen à 30 Pf. 75,20 Mk., zu à 10 Pf. 20,20 Mk. Sonstige Einnahmen 2,25 Mk., Summa 1764,56 Mk. Die Jahresausgaben betragen für: 1. Agitation 79 Mk., 2. sächliche Ausgaben 120,90 Mk., 3. Sonstige 74,09 Mk., 4. Verwaltung 35 Mk., 5. an die Hauptkassette gesandt 1354,88 Mk., Summa 1663,87 Mk. Kassenbestand wie oben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Zu der Oeffnen stattfindenden Generalversammlung wurde beschlossen, drei Anträge zu stellen. Als Kandidat zu derselben wurde einstimmig Kollege Emil L i e b i g nominiert. Auch als Delegierter zur Gaukonferenz wurde derselbe Kollege gewählt.

**Gera.** Versammlungsbericht vom 13. Januar. Geschäfts-führer Mag. K r a u s e erstattete den Kassenbericht vom vierten Quartal sowie den für das Jahr 1905. Die Gesamteinnahme betrug 48 303 Mark, die Ausgabe 47 858 Mark. Der Kassenbestand ist 44,62 Mark. Aus Verbandsmitteln von freiwilligen Mitgliedern und Ausgesperrte 101 260 Mark, von freiwilligen Mitgliedern 6400 Mark. Mitgliederbestand: 2061 männliche und 1829 weibliche, zusammen 3890. — Als Kandidaten zu Delegierten zur Verbands-Generalversammlung wurden Mag. K r a u s e und Hermann S o p f e vorgeschlagen. — Anträge sind eingelaufen. Es sind Anträge auf Erhöhung der Streikunterstützung bei längerer Mitgliedschaft, Anschluß kleinerer Zitate an größere mit Beamten als Geschäftsführer, Aufhebung der achtjährigen Karenzzeit bei Krankheitsfällen von längerer Dauer und die Festsetzung der Gehälter für Verbandsbeamte durch die Generalversammlung usw. Als Delegierte für das Gewerkschaftsstell werden gewählt: Fischer, Zink, Bretschneider, Schönfeld, Lipke, Aldermann, Kants und Frau Jähner.

**Göppingen.** (Berichtigung.) Wir erhalten von der Buntweberverein Sulz a. Neckar (Gedr. Stehle) folgende Zuschrift: Auf Grund des Preßgesetzes bitten wir um Aufnahme nachfolgender Erwiderung auf den Mitte Dezember v. J. in Ihrem Blatte erschienenen, unsere Firma betr. Artikel aus Göppingen. Sulz a. N., den 17. Januar 1906.

Es wurde uns heute von einigen unserer Arbeiter der Ausweisung oben erwähnten Artikels, die Lohnverhältnisse in unserer Fabrik betreffend, mit dem Ersuchen übergeben, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, da der Inhalt dieses Artikels den Tatsachen doch völlig zuwiderläuft, welches Auf-forderung wir hiermit nachkommen. Der Tatbestand ist folgender: Wir haben im letzten Sommer unsere Arbeiter vergrößerert und suchten nach Aufstellung der Stühle im Herbst Arbeiter zu deren Befehung. Unter andern meldete sich ein Reinhold Bürger aus Göppingen. Wir schrieben demselben einen, welche Artikel wir fabrizieren, und bemerkten, daß tüchtige Buntweber 30—35 Mark, ja sogar bis 56 Mark in 12 Arbeitstagen verdienen, Notabene: nicht, wie es in dem Artikel heißt, verdienen können. Bürger kam darauf zu uns und erhielt auf seinen Wunsch breitere Schürzeugschürze, aus denen frühere und auch ein nach ihm gekommener Arbeiter nachweisbar den obengenannten Lohn verdienen. Bürger dagegen brachte auf den Stühlen nicht fertig. Der Grund lag darin, daß B. als früherer Dressweber den Wechselstuhl nicht verstand, und, wie aus nachfolgenden Ausführungen ersichtlich, angeblich in letzter Zeit überhaupt nicht Weber, sondern Handwerkschüler war. Damit sich B. leichter einarbeiten, wurden ihm einschlägige Planenstücke zugeführt. Solche waren aber noch nicht fertig montiert, und damit B. nicht in Nachteil komme, wurde er beim Aufstellen fraglicher Stühle während mehrerer Tage gegen ein Taggeld von 2,50 Mark verwendet. Nach Aufstellung derselben bekam er die zugeführten Planenstücke, doch fand er sich auch mit deren Bedienung nicht zurecht und forderte, nachdem er im ganzen 8 Tage bei uns gearbeitet hatte, unter drohendem Geharn seine Auslohnung und Entlassung, sowie Schabensersatz gegen Vorleistung falscher Entlassung. Er wurde ihm anstandslos gewährt; die Berechtigung seiner weiteren Ansprüche wurde ihm unter wiederholter Vorlage des Lohnbuches widerlegt bezw. an Händen derselben bewiesen. Daß

unsere tüchtigen Weber in der Tat den ihm benannten Verdienst regelmäßig beziehen; wenn er das nicht verdröge, läge dies lediglich an seiner Person. B. rief darauf das Gericht an. Nachdem dies für ihn erfolglos war, kam B. nochmals ins Kontor und erklärte dem ersten Buchhalter, daß er uns in einem Artikel in den „Textilarbeiter“ und die „Tagwacht“ bringe. Er erging sich dabei in schimpfenden und drohenden Auslassungen gegen unsere Firma. Als der Beamte ihn auf sein ungebührliches Verhalten aufmerksam machte, rühmte sich B. seiner Zugehörigkeit zum Aufmerksam, wie auch seiner Ausbildung auf einer Handelsschule, die er kürzlich genossen und die ihm 1000 Mark gekostet habe. Was er, der Beamte, sei, sei er somit auch. Andere Webern gegenüber stellte sich B. auf hohen Fuß, und betonte schon die ersten Tage seines Hierseins, er sei nicht als Weber hierhergekommen, sondern er komme gleich als Angestellter ins Kontor. Die Fabrikleitung hat aber wieder davon etwas gewußt, daß B. eine Kontorbeschäftigung wünsche, noch hätte sie B. für diesen Zweck engagiert. B. hat sich als Weber angeboten, wollte aber nach obigen Ausführungen nicht Weber, sondern etwas Besseres sein. Ob B. daher unter den geschilderten Umständen an einem organisierten Plage mehr verdient hätte, kann jeder vernünftige Arbeiter selbst beurteilen. Ein altes Sprichwort sagt: „Schuster, bleib bei deinem Leiste!“ Und unseres Erachtens hätte auch Bürger seine 1000 Mark besser für einen Wehschul- als Handelskursus ausgegeben.

Wir wollen hierzu nur bemerken, daß der Einsender des fraglichen Artikels sich bei uns beschwerte, daß seine Einsendung nicht ganz nach Form und Inhalt zum Ausdruck kam.

Die Redaktion.

**Hemelungen.** Die Generalversammlung der Filiale Hemelungen fand am Dienstag den 9. Januar im Vereinslokal bei Rinski mit einer reichhaltigen Tagesordnung statt. Vor ein-gangig wurde die Tagesordnung in der Besprechung darauf hingewiesen, daß die Versammlungen jetzt in Hemelungen nach preussischem Muster bewacht würden, wogegen er Opposition machte, denn die Gendarmerie habe sich beim letzten Streikarbeiterstreik sehr unduldsam gezeigt und die christlichen Sozialarbeiter in Schutz genommen. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, in welchem er hervorhob, daß das Resultat der Bewegung ein gutes zu nennen sei, obwohl ein starker Rückgang der Mitgliederzahl sich gezeigt habe, könne man doch mit Genug-tuung sagen, daß in den letzten Wochen wieder ein Zuwachs an Mitgliedern zu bemerken gewesen wäre. Hierauf wurde dann vom Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1905 verlesen. Kollege K a d e r wurde als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt, Kollege W a l l e r als zweiter Vorsitzender, Kollege B u c h n e r als erster Kassierer, Kollege K e p t y, als zweiter Kassierer, Kollege S t e g e l. Zur General-versammlung wurde als Kandidat Kollege K a d e r einstimmig gewählt. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden auf die Lohn-forderung sowie auf die Wichtigkeit der Statistik hingewiesen und zu gutem Versammlungsbesuch im neuen Jahre gemacht.

**Hofenlimburg.** Am 14. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der der Gewerkschaftssekretär P a n z e r -Barmen über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Arbeits-verhältnisse?“ sprach. In recht eindrucksvoller Weise legte er den Versammlungsbesuchern ans Herz, wie sie ihre Lage verbessern könnten, wenn sich alle der in der Textilbranche Beschäftigten in den Deutschen Textilarbeiterverband aufnehmen ließen. Dann schilderte Kollege Panzer in schärffter Weise die oft zu Tage tretende Brutalität des Unternehmertums. In der Diskussion sprachen S c h u l t z e, S c h u r m a n n und S a p p e. Der Verband erzielte zahlreiche Neuzugänge.

**Kesfeld.** Am Sonntag den 7. Januar fand im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung unserer Filiale statt, welche sich mit der zu Oeffnen stattfindenden Generalversammlung unseres Verbandes beschäftigte. In einem einleitenden Referat be-richtete Kollege K e i m e s, folgende Anträge an die General-versammlung zu stellen: 1. Der Zentralverband soll jährlich einen Bericht über den Stand unserer Organisation herausgeben. 2. Den § 45 unseres Statuts in der früheren Fassung wieder herzustellen. Kollege K e i m e s gab ferner Unterstützung über die geplante Einführung derselben in unserem Verbands aus den verschiedensten Gründen nicht anfänglich sei und ersuchte die Mitglieder, bei der demnächst stattfindenden Urabstimmung dagegen zu stimmen. Von dem Kollegen Aug. v. d. B e r g wurde dann noch eine Erhöhung der Streikunterstützung be-antragt, während Kollege H o r n m a n n beantragte, eine Re-vision der Statuten vorzunehmen und genauer Begrenzung der Rechte und Pflichten der einzelnen Instanzen und genauer Bestimmung der höchsten Anfang bei Ausschluß von Mitgliedern. Kollege W e b e r beantragte ferner den Jahresbericht des Zentralsvorstandes in Broschürenform an die Mitglieder zu ver-teilen. Nach eingehender Diskussion und Begründung der An-träge wurden dieselben angenommen. Hierauf wurde Kollege Aug. v. d. Berg als Kandidat für die Generalversammlung be-stimmt. Vom Kollegen Keims wurde hierauf eine vom Zentral-vorstand beauftragte Statistik zur Sprache gebracht und die Mitglieder auf die Wichtigkeit derselben hingewiesen. Es mel-deten sich eine ganze Anzahl Mitglieder, die die diesbezüglichen Fragebogen in Empfang nahmen. Zum Schluß wurden einige Fragen über den Stand der Stoffweberverbindung beantwortet.

**Landeshut.** Auf Anordnung der überwachenden Beamten mußte die am Dienstag den 16. Januar im Saale des Gasthofs zur „Sonne“ hier einberufene Versammlung der Arbeiter der Firma Egner um 8 Uhr bereits abgesperrt werden. Wohl 100 Personen konnten keine Plätze finden und mußten leider umkehren. Kollege F r i t s c h bildete in 1 1/2 stündigem Vortrage die allgemeine Lage sowie die Verhältnisse dieses bekannten Betriebes in eingehender Weise. Dieser Betrieb sei mit seinen Material, Knappigen Maschine der schlechteste an Dritte. Dieses Material, was schon in anderen Webereien Landeshuts sprich-wörtlich geworden war, sei die Ursache, daß die Leute nichts verdienen. F r i t s c h habe die Geheimrat Zehnprozentige Woche-erhöhung bewilligt, jedoch nicht schon wieder eine Lohn-erhöhung vornehmen könne. Uebrigens verdienten die Leute, wenn sie fleißig seien, die Woche 20 Mk., jedoch niemand zu klagen brauche. Im Gegegnis zu dem Verhalten der Herren Methner und Dr. Frahne sei der Direktor der Rinkelschen Fabrik, Herr Kommissionsrat Dörner, der Meinung, daß den Arbeitern etwas bewilligt werden müsse. Letzterer stellte in Aussicht, daß eine 17 bis 20 prozentige Lohnenerhöhung eintrete. Hier zeigte sich, daß Herr Dörner weit mehr den Arbeitern ent-gegenkomme als der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Geheimrat Methner, dessen Name im neuen Mat-rial (in Stein ausgehauen) der Nachwelt überliefert werden. Nachdem F r i t s c h noch die Resolution, die in den vorhergehenden Versammlungen angenommen wurde, vorgelesen hatte, schloß er unter Beifall seine Ausführungen. In der Diskussion wurde be-stimmt, daß von einer 20 prozentigen Lohnenerhöhung im Vor-jahre die Rede sein könne. Teilweise wäre es Abzug und teil-weise 2 1/2 prozentige Zulage gewesen. 20 Mk. Verdienner seien große Seltenheiten. Herr Direktor Illges habe zu einem Kol-

legen, der ungesund ist, geäußert: „Krüppel gehören auf den Mist.“ Weil der Herr Direktor in der Besammlung zur Sprache brachte, wurde er am Mittwoch sofort, unter Vorauszahlung von 14 Tagen Lohn, entlassen. Der Kollege bekam insgesamt 15,42 Mk. heraus; davon waren 3,75 Mk. schon verdientes Geld dabei, sodas dieser Kollege, der schon 6 Jahre webt und fast 3 Jahre bei Egner arbeitet, pro Woche ganze 5,83 Mk. verdient hätte, wenn das der Durchschnittsverdienst ist. Und da glaubt die Firma noch, den berechtigten und bescheidenen Wünschen der Arbeiter solchen Widerstand entgegenzusetzen zu müssen? — Der neueste Anschlag des Herrn Frahne, den wir folgen lassen, beweist, daß er den Kampf mit den schärfsten Mitteln zu führen gedenkt. Wir danken ihm an dieser Stelle für den Agitationshoff; wir werden das übrige besorgen.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das un-begründete Herumlaufen und Verlassen der Arbeit, vor allem das Zusammenfeiern mehrerer Personen verboten ist. Wer hiergegen im Wiederholungsfalle verstoßt, hat seine so-fortige Entlassung zu erwarten; daselbst geschieht auch in Zukunft mit allen denjenigen Arbeitern, welche sich an Vor-fällen, wie sie am 8. Januar cr. stattgefunden haben, be-teiligt.

Wir erwarten von unseren ruhigen und besonnenen Ar-beitern, daß sie sich von etwaigen Agitatoren nicht verleiten lassen, und unbekümmert um dieselben bei ihrer Arbeit ver-bleiben.

Ober-Leppersdorf, den 15. Jan. 1906. Gebrüder Methner, Dr. Frahne.

Die Arbeiter werden Herrn Frahne wohl die rechte Antwort geben.

**Leipzig.** Die Spinner Leipzigs hielten am Sonntag den 7. Januar ihre Jahresversammlung ab. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Hermsdorf über die Lohnbewegung im vergangenen Jahre. Er führte aus, daß bei der Zehnstundenbewegung der hiesigen Textilarbeiter die Spinner in den vor-berichtigten Reihen marschiert seien. Die Bewegung sei mit Erfolg gesteuert worden. Die Arbeitszeit sei um eine halbe Stunde verkürzt worden, vom 1. Juli d. J. ab werde sie um eine weitere halbe Stunde verkürzt, sodas in einem halben Jahre der Wohl-stand erreicht sei. Nun in der Baumwoll-spinnerei werde noch elf Stunden gearbeitet; doch in den näch-sten Tagen werde sich zeigen, daß auch dort eine Bessere-geschlagen werde. Der Zuwachs zur Organisation aus dieser Fabrik sei gut. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sei auch eine Lohnzulage erfolgt. Die Organisationsverhältnisse der Spinner seien zufriedenstellend zu nennen. Nur bei Stöhr u. Co. gab es noch eine Anzahl Unorganisierte. Der Redner bezeich-nete diese als bedauerenswerte Elemente, die bei der Zehn-stundenbewegung in feiger Weise beiseite gestanden seien. Zum zweiten Punkte legte Kollege Hermsdorf sein Amt als Sektionsleiter nieder, da er zum Vorsitzenden der hiesigen Filiale der Textilarbeiter gewählt sei. Bei der hierauf vorge-nommenen Wahl wurde Kollege F. als erster, Kollege G. als zweiter Sektionsleiter gewählt. Zur Konferenz der sächsischen Textilarbeiter wurden zwei Kollegen delegiert. Die Kosten hierzu tragen die Spinner selbst. Einem Antrag, eine Sektions-steuer einzuführen, wurde zugestimmt, doch soll er in einer der nächsten Versammlungen erst noch einmal durchberaten werden. Kollege Hermsdorf gab noch bekannt, daß die Zahl der organi-sierten Textilarbeiter in Leipzig in kurzer Zeit 2000 betragen werde, die Zahl 1900 sei überschritten.

**Mittweida.** Am Hochheiligstag hielt die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre regelmäßige Mitglieder-versammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl (am 4. März von 2—5 Uhr in der „Sängerkasse“) wurden die Kollegen Zerbe, Nebel und Lehmann vorgeschlagen. Laut Beschluß des Vorstandes soll am 20. Februar eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Frau Wentz, Dresden referieren soll. Als Versammlungslokal wird event. „Stadt Chemnitz“ in Aussicht gestellt.

**Wilmshausen a. Rh.** Die Mitgliederversammlung vom 9. Januar beschloß einstimmig, der nächsten Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, im Statut § 3, Absatz b, folgenden Satz zu streichen: „sofern dieser der Generalkommission angeschlossen sind und mit dem Textilarbeiterverband einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen haben.“ Als Begründung wird angeführt, daß mit dem Wegfall dieser Bestimmung die Agitation unter den Lokal- oder Christlich-organisierten einer Belegschaft für den Deutschen Textilarbeiter-verband erleichtert und eine einheitliche Aktion ermöglicht werde, woran man durch den Rest vom Webersverband gebündelt würde.

**Oberstdorf.** Am 15. Januar ließen fast sämtliche Weber — von 120 100 — die Arbeit stehen, weil eine verprochene Lohn-erhöhung nicht ihren Erwartungen auslie. Eine Kommission der Arbeiter suchte zu vermitteln, konnte aber nichts erreichen. Darauf berief man den Gauleiter Koll. B r ü g g e m a n n telegraphisch hierher. Auch dessen 1 1/2 stündiges Verhandeln brachte keinen Erfolg, die Arbeiter suchte mühte nach dreitägigem Streik bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Die Organisation zählte dort ganze 15 Mitglieder. In seinen Vorträgen schilderte Kollege Brüggemann die Anwesenheit, wie notwendig die Organisation sei. Heute ist eine solche vorhanden. Hoffen wir, daß das, was heute noch den Arbeitern verweigert wurde, später errungen werden kann. Maßregelungen fanden bis jetzt nicht statt. Die Arbeit wurde abgeschlossen am 18. Januar wieder aufgenommen. Es herrscht eine Unzufriedenheit unter den Arbeitern des Altaus, der man nicht mehr Herr werden wird, wenn die Fabrikanten nicht allgemein den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Möge man dem Beispiele anderer Fabrikanten folgen, den Zehnstundentag und eine 10prozentige Lohnenerhöhung bewilligen, dann wird wieder Zufriedenheit ein-treten. Den Arbeitern diene aber zur Wehrung, daß ohne eine starke Organisation ihre berechtigten Wünsche nicht erfüllt werden können.

**Potsdam.** Am 7. Januar fand hier eine gutbesuchte General-versammlung statt. Nachdem die von den Revisoren geprüfte Ab-rechnung für richtig befunden, wurde der Kassierer Kollege B ä t t e r entlassen. In den Vorstand wurden die Kollegen Otto K e i p e r t, erster Vorsitzender, Hans S c h w e r, zweiter Vorsitzender, Robert R o a t, erster, Drecher, zweiter Kassierer, Grimm, Schriftführer, gewählt; B u c h m a n n und Düfer bleiben als Revisoren. Den Parteibericht erstattete Kollege Fr. Drecher. Die weitere Ver-handlung betraf Mißstände in der Seidenweberei, deren Abhilfe schon zugelassen worden ist. Unsere Versammlungen finden sofan Sonntags statt. Unsere Stellung zur Verbands-Generalversammlung zeigte eine heftige Debatte betrefss der Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung, welche verworfen wurden; dagegen wurde beantragt, daß der Stb des Zentralvorstandes nach Chemnitz verlegt werden solle. Zur Vorlokonferenz für den 68. Wahlbezirk wurden Drecher und Keipert nach Berlin delegiert. Als Delegierter zur Generalversammlung wurden vorgeschlagen Fr. Drecher, als Ersatzmann Fr. Pieper.

**Wittgensdorf.** Am vergangenen Donnerstag fand im Gasthof „zum Bergschloßchen“ eine öffentliche Versammlung aller in der Stoffhandlungsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt,

welche Stellung nahm zu den Eingaben, die die Lohnkommission dieser Branche an sämtliche Handschuhfabrikanten gerichtet hat. Als Referentin war Frau Wadwig-Dresden erschienen und schilderte in 1 1/2 stündiger Rede den anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen die wirtschaftliche Lage in eingehender Weise. Sie besprach dann der Reihenfolge nach die einzelnen Forderungen, die an die Fabrikanten eingehend worden waren, wie: die 10 stündige Arbeitszeit, 1 1/2 stündige Mittagspause, Abschaffung der Nacharbeit und mögliche Einschränkung der Ueberstunden, wöchentliche Lohnzahlung freitags während der Arbeit, unentgeltliche Lieferung aller zur Produktion notwendigen Bedarfsartikel, Extrazuschlag für Ueberstunden und Schluß der Arbeitswoche Sonnabends 5 Uhr, und bezeichne diese Forderungen als so minimal, daß deren Durchführung sogar im Interesse der Fabrikanten liegen müsse. Die Durchführung dieser Forderungen für die Arbeiter sei aber eine Naturnotwendigkeit, wenn die Textilarbeiter nicht dem allgemeinen Verfall entgegengehen sollen. Reicher Beifall lohnte der Referentin für ihre padenden Ausführungen. Zum Bericht der Lohnkommission gab Kollege B. Bieweg einen kurzen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung dieser Lohnbewegung. Nach einer eingehenden Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute abend im „Bergschlößchen“ zu Wittgensdorf stattfindende öffentliche Versammlung der in der Handschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin und mit den an die Handschuhfabrikanten gestellten Forderungen einverstanden und beauftragt die Lohnkommission, sobald als möglich eine Konferenz aus allen in Frage kommenden Orten der Handschuhbranche einzuberufen, um über weitere Stellungnahme Beschlüsse zu fassen.“ Nach einem kurzen Schlußwort der Referentin schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation der Versammlung. Eine Anzahl neuer Mitglieder ist durch diese Versammlung für den Verband gewonnen worden.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung der Spinner und Anseher der Wollspinnereien in Wülhausen i. Elb. Ein schöner Erfolg wurde in den Fabriken Engel u. Cie., Wül u. Cie. und Schwarz u. Cie. erreicht. Bis jetzt zahlten die Fabrikanten Koehlm-Schmitt und Läderich einen höheren Lohn als obengenannte Firmen, und es war daher sehr notwendig, eine Gleichstellung in sämtlichen Kammgarnspinnereien herbeizuführen. Die Fabrikanten selbst hatten daran ein Interesse, da die schlecht zahlenden Fabriken sich meistens auch mit den weniger geübten Arbeitern zufrieden geben mußten, während die besser bezahlenden auch die besten Arbeitskräfte zur Verfügung hatten. Die Arbeiter haben eine 5prozentige Erhöhung des Tarifs verlangt, ebenso für die Spinner einen Mindestlohn von 60 Mark und für die Anseher 67 Prozent des Spinnerlohnes. Als einen Mindestlohn wollten die Arbeitgeber nicht eingehen. Die Arbeiter werden gut tun, der Organisation immer mehr Kampfer zuzuführen, damit sie im Stande sind, dies nachzuholen. Es wurden, statt wie bisher 63 Prozent des Spinnerlohnes, 65 Prozent bemittelt. Es ist nun, nachdem überall dieselben Prozente bezahlt werden, den Arbeitern leichter, durch die Macht der Organisation auch die nicht erhaltenen Prozente noch zu erreichen. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Augen offen zu halten, bis es auch möglich ist, mit den neuen Tarifen einen Lohn von 60 bis 61 Mark für die Spinner zu verdienen. Die Hände dürfen jetzt nicht ruhig in den Schoß gelegt werden, sondern es muß mit aller Macht dahin gestrebt werden, den zehnstündigen Arbeitstag mit einer entsprechenden Lohnhöhung einzuführen. Darum Hand ans Werk! Es ging diesmal auch ohne die schriftlichen Schreihäufel. Nur mit einer Organisation werden wir etwas erreichen können, und diese Organisation ist der Deutsche Textilarbeiter-Verband. Arbeiter, laßt euch nicht zerstückeln, ihr wißt noch, wie man euch voriges Jahr in den Rücken fiel und dadurch einen Erfolg verhinderte. Strebt daher dahin, den Deutschen Textilarbeiter-Verband so zu stärken, daß wir nicht nur bitten, sondern auch verlangen können.

Die Vertreter der Phantastik-Branche in Wien überreichten im Dezember vergangenen Jahres den Unternehmern ein Memorandum, infolge der fortwährenden Teuerung auf allen Gebieten, sowie der unregelmäßigen Zustände, welche in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn herrschen, eine Reform einzuführen. Die Forderungen der Gehilfen sind folgende: 1. Neunstündige Arbeitszeit; 2. Abschaffung der Akkordarbeit, anstatt derselben Einführung eines Minimallohnes von 26 Kronen; 3. Abschaffung der Frauenarbeit auf Raschel und Kettenmaschinen; 4. Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und deren Betriebsvertrauensmänner; 5. Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Von den Unternehmern wurde bis zum 15. Januar d. J. Antwort verlangt. Am Tage vorher erst wurde von den Unternehmern eine Versammlung einberufen, zu welcher auch drei Gehilfenvertreter eingeladen wurden. Die Herren Unternehmer unterschätzen nämlich die Kraft der Gehilfen nicht, sie wissen, daß sie in Wien bis auf den letzten Mann organisiert sind. Die Zugeständnisse, welche in der Unternehmer-Versammlung den Gehilfen gemacht wurden, waren jedoch so ungenügend, daß es den Gehilfenvertretern fast nicht möglich war, sich überhaupt in Verhandlungen im Detail einzulassen. Zur selben Stunde tagte eine Vollversammlung der Gehilfen, welche die Antwort der Unternehmer abwartete. Die Versammlung lehnte die „Zugeständnisse“, welche den Gehilfen anstatt einer Verbesserung das Gegenteil brächten, einstimmig ab und es wurde beschlossen, sofort den allgemeinen Streik in der Branche zu proklamieren. Drei Unternehmer haben die Forderungen der Gehilfen schon bewilligt. Die Streikenden sind guten Mutes, rechnen jedoch auf Unterstützung aus dem Auslande. Zugang nach Wien ist streng zu unterlassen! Alle Zuschriften sind an das Streikkomitee zu richten: Wien VI, Millergasse 39, M. Sorfs Gasthaus.

Die Eisenausperrung in der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, die kürzlich beendet wurde, hat 17000 Arbeiter aus den Verbänden der Eisen- und Metallarbeiter, der Former, der Holzarbeiter und der Fabrikarbeiter, d. i. über ein Fünftel aller organisierten Arbeiter, fast ein halbes Jahr lang, vom 10. Juni bis zum 9. November, im Kampf gehalten. Die Kosten für die Unterstützung der Ausgesperrten beliefen sich insgesamt auf 2 1/2 Millionen Mark. Dänemark und Norwegen haben nach Kräften zum Kampffonds der schwedischen Kollegen beigetragen, das übrige Ausland nur verschwindend wenig. Unter den durchgeleiteten Forderungen steht der Minimallohn obenan.

Eine Textilarbeiterausperrung in Krefeld. Die Arbeiter sämtlicher Zeugdruckerien in Krefeld streiken seit dem 8. Januar im Streik. Es kommen in Bezugs 187 Streikende in acht Betrieben. Siehen geblieben sind vier Drucker und einige Lehrlinge. Die hauptsächlichsten Forderungen, die zum Streik führten, lauten: 10stündige Arbeitszeit mit Einschluß einer je einviertelstündigen Frühstücks- und Vesperpause, vierzehntägige Kündigungsfrist für alle Druckereiarbeiter. Bezüglich der Lohnfrage war bereits durch vorhergegangene Verhandlungen eine Einigung erzielt worden. Am Dienstag voriger Woche fanden die ersten Verhandlungen seit Ausbruch des Streiks über die noch streitigen Forderungen statt. Geführt wurden dieselben vom Vorstand des Verbandes der niederrheinischen Textilarbeiter und ihrer Hilfsindustrie, der jetzt die Sache zum Vorwand nimmt, um eine Ausperrung zu herbeiführen. Die Arbeiter, die erlangte Forderungen fallen, während sie auf die Einführung der vierzehntägigen Kündigungsfrist beharren mußten. Die Zeugdrucker, soweit sie in einstägiger Kündigungsfrist haben, haben stets die Gefährdung gemacht, daß sofort eine ganze Anzahl von ihnen aufs Wasser fliegen, wenn nur in etwas die Konjunktur abflaute; außerdem ist das Auffinden neuer Arbeitsgelegenheit in ihrem Berufe mit so viel Schwierigkeiten verknüpft, daß man zu diesem Zwecke schon eine längere Kündigungsfrist haben muß. Der Probenverband erklärte kategorisch: Keine weitere Konzession! Er stellte einfach das Ultimatum: Bis Freitag mittag muß seitens der Streikenden eine Erklärung abgegeben sein, daß sie zu den erhaltenen Konzessionen die Arbeit aufnehmen. Andernfalls würden sämtliche Bewilligungen zurückgezogen und der Fabrikanten-

verband wird die Ausperrung über seine Betriebe verhängen. Es würden dann etwa 25000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden. Die Zeugdrucker beschlossen nun in geheimer Abstimmung, an der Forderung der 10stündigen Arbeitszeit festzuhalten, und wurde der Beschluß den Unternehmern mitgeteilt. Einen solchen Beschluß mögen dieselben wohl nicht erwartet haben, sie hofften wahrscheinlich, die Drohung mit der Ausperrung genügt schon, um die Streikenden fette zu machen. In der Versammlung der Textilarbeiter, die am Sonnabend stattfand und hinter verschlossenen Türen tagte, hat man sich das Projekt der Ausperrung noch einmal gründlich überlegt; denn das Streikkomitee erhielt die Mitteilung, daß die Unternehmer zu Verhandlungen bereit wären. Da die Streikenden an ihrer Forderung festhalten, werden die Unternehmer wohl nachgeben müssen, wenn sie die Wiederaufnahme der Arbeit wünschen.

## Soziales.

Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren hat der Bundesrat erlassen. Der Reichstanzler teilt in einer Bekanntmachung folgende näheren Bestimmungen mit:

Die Ausnahmen gelten nur für gewisse, genau angegebene Arbeiten und sind nur vorübergehend, nämlich bis zum 31. Dezember 1908, zugelassen. Die Kinder müssen das neunte Lebensjahr vollendet haben und dürfen nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens sowie nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Es ist ihnen eine zweistündige Mittagspause und eine einstündige Pause nach dem Nachmittagsunterricht zu gewähren. Die Ausnahmen betreffen unter anderem die Spielwarenindustrie, die Knopfabrikation, Strickeri und Weberei, Papierindustrie, Strohschlechterei, Herstellung künstlicher Blumen, Bearbeitung von eisernen Kurzwaren, Zubereitung von Fischen, Glasbläselei vor der Lampe, Herstellung von Zündholzschachteln usw. Auf Großbetriebe, wo clementare Kräfte zu Triebwecken verwendet werden, finden die Ausnahmen keine Anwendung.

Ein Hilfskassenkongreß, der von 201 Kassen mit 850 000 Mitgliedern durch 243 Delegierte besucht war, tagte am 16. und 17. Januar im Gewerkschaftshause in Berlin. Durch Annahme einer Resolution protestierte der Kongreß gegen die in einem Gesetzentwurf der verbündeten Regierungen geforderte Aufhebung des Hilfskassengesetzes, verurteilte die unrichtige Verwaltungspraxis und wünschte die Beseitigung des Schwindelkassenwesens. Der Kongreß forderte für alle auf Grund des Hilfskassengesetzes bestehenden Kassen, die nicht erwiesenermaßen sich unerlaubter Geschäftspraxis schuldig machen, die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung. Der Verzicht der Regierung, die Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz zu stellen, wird bekämpft und Aufrechterhaltung des Prinzips der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung gefordert. Schließlich wird an den Reichstag das dringende Ersuchen gerichtet, den angefochtenen Gesetzentwurf abzulehnen.

Sollte der Reichstag indes wider Erwarten im Prinzip dem Entwurf der verbündeten Regierungen zustimmen und sich für Aufhebung des Hilfskassengesetzes entscheiden, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag wenigstens folgende Bestimmungen in das Gesetz aufnimmt:

§ 3 des Entwurfs einzuschalten, als:  
Absatz 2. Die im Absatz 1 bezeichneten Versicherungsvereine sind als „kleinere Vereine“ im Sinne des § 53 Abs. 1 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen (Reichs-Gesetzblatt 1901, Seite 125) anzusehen.

Absatz 3. Der ausschließliche Gerichtsstand dieser Versicherungsvereine ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat, wenn nicht die Satzung ein anderes bestimmt.  
Absatz 4. Sie haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Ausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Absatz 5. Solange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbeitrags der Kassenbeiträge zuzuführen.

Absatz 6. Auf Versicherungsvereine dieser Art finden die Vorschriften des § 115 Absatz 2 und § 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen keine Anwendung. Dagegen sind die Vereine bejagt, örtliche Verwaltungsstellen zu errichten.

Absatz 7. Eine Vereinigung dieser Versicherungsvereine zu einem Verbands behufs gegenseitiger Hilfe kann unter Zustimmung der Generalversammlungen der einzelnen Versicherungsvereine und auf Grund einer schriftlichen Satzung erfolgen.

Absatz 8. Die gemäß § 124 Absatz 2 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vorzunehmende Prüfung des Geschäftsbetriebes und der Vermögenslage der Versicherungsvereine vorstehend gedachter Art erfolgt auf Kosten der Aufsichtsbeförde.

Außerdem fordert der Kongreß als das Mindeste, was geachtete Erwägung gebietet, die Aufnahme der Bestimmung in das Gesetz, daß die Gültigkeit der jetzt geltenden Bescheinigung bis zum 31. Dezember 1907, statt wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, bis 31. Dezember 1906 ausgebehrt wird, weil sonst die Hilfskassen mit ihrer Neuordnung nicht fertig werden würde.“

## Gerichtliches.

Der weiße Schrecken in Sachsen. Nicht weniger als auf über 20 Jahre Gefängnis haben die Dresdner Gerichte gegen Straßendemonstranten erkannt. Die vor dem Dresdner Land- und Amtsgericht anstehenden Strafprozesse gegen die am 3. und 17. Dezember vorigen Jahres verhafteten Wahlrechtsdemonstranten haben nunmehr ihr Ende erreicht. Von 26 Angeklagten, die wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs, Aufstands, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenebeidigung, Ruhestörung usw. angeklagt waren, ist nur ein einziger freigesprochen worden. Den übrigen Verurteilten, die zum Teil verheiratet sind und Kinder zu ernähren haben, sind unerhöht hohe Strafen auferlegt worden. Eine ganze Reihe von Angeklagten stand am Abend der blutigen Demonstrationsnacht unter dem Einfluß des Alkohols. Viele wühlten nicht einmal, warum es sich handelte und hatten den Wahlrechtsversammlungen überhaupt nicht beigewohnt. Die Gerichte haben insgesamt 20 Jahre 11 Monate Gefängnis und 33 Wochen Haft ausgeworfen. Ueber die Wirkung dieser Sagensprüche geben sich die Herrschenden total irrigen Ansichten hin.

In Sachen gegen Kollegen Leonh. Wöhl wegen Mäßigung u. a. (siehe Nr. 50 des vorigen Jahrgangs) hat der Amtsanwalt Berufung beim Landgericht München I eingereicht. W. war vom Schöffengericht München freigesprochen worden.

Die Praktiken des Agenten Walther in Chemnitz, der ältere Textilarbeiter unter verlockenden Versprechungen für Chemnitz angeworben hatte, kamen am 16. Januar vor dem Landgericht Zwickau als Berufungsinhalt noch einmal zur Sprache. Der Verleger eines gegen Walther gerichteten Flugblattes, Koch, war wegen Beleidigung vom Schöffengericht verurteilt worden. Er hatte dagegen Berufung eingelegt. Dasselbe wurde verworfen. Ueber die Verhandlung selbst werden wir in nächster Nummer ausführlicher berichten.

## Aus Unternehmertreffen.

Der Verband der sächsischen Textilarbeiter hielt am 15. Januar in Rottbus eine Sitzung ab, welche den Zweck hatte, Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern des Verbandsbezirkes und ihren Arbeitern nach Möglichkeit abzuheben, ebenso aber unbedingte Maßnahmen, insbesondere unerlaubte Arbeitsverstellungen entgegenzutreten. Die Mitglieder des Verbandes haben sich zur unbedingten Solidarität in der Wahrung der Interessen des Vereins und jedes Mitgliedes verpflichtet.

Es waren vertreten die Arbeitgeberverbände der Städte Cottbus, Forst, Spremberg, Finsterwalde, Guben und Sommerfeld. Die Gesamtzahl der im Verbandsbezirk beschäftigten Arbeiter beträgt 28 000. In dieser Sitzung wurde die Uebereinstimmung bezüglich Zweck und Ziele des Verbandes bestätigt und zur Wahrung dieser Uebereinstimmung ein Kartellverhältnis geschlossen!

Das ist die Antwort auf die Wünsche der Arbeiterschaft! Das Unternehmertum vereinigt sich zu geschlossener Macht. Und die Arbeiter??? Die stehen zum größten Teil noch außerhalb der Organisation!

## Bermischtes.

Wahlrechtsdemonstrationen fanden am Sonnabend und Sonntag im ganzen Deutschen Reich statt. Umzüge wurden nicht gestattet. Die Versammlungen waren überflüssig. An vielen Orten, namentlich in Sachsen, waren sie verboten worden. In Hamburg, wo die Demonstrationsveranstaltungen schon am Mittwoch stattfanden, kam es nämlich von StraßenDemonstrationen zu Zusammenstoßen mit der Polizei und zu einem kürzeren Massenstreik.

Zum Präsidenten der französischen Republik wurde der Präsident des Senats, Fallières, mit 419 Stimmen gewählt. Insgesamt waren 849 Stimmen abgegeben worden. Der Kandidat der reaktionären Parteien, Doumer, blieb mit 371 Stimmen in der Minderheit. 28 Stimmen zerstückelten sich, eine Stimme war ungültig. Fallières erklärte bei der Annahme der Wahl, die den Sieg des Republikanismus bedeutet, er werde die Verfassung peinlich beobachten und die Wahl des Kongresses rechtfertigen, indem er ein ergebener Diener der Staatsanrichtungen und des Vaterlandes bleibe.

## Bekanntgaben.

An die Bevollmächtigten resp. Vertrauensleute der organisierten Textilarbeiter und Arbeiterinnen Sachsens!

Werte Kollegen!

Nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen haben wir die Agitationstour wie folgt zusammengestellt:

- Sonnabend den 10. Februar: Crimmitschau-Frankenhausen.
- Sonntag den 11. Februar: Crimmitschau-Gablenz.
- Montag den 12. Februar: Werdau.
- Dienstag den 13. Februar: Rochlitz.
- Mittwoch den 14. Februar: Meerane.
- Donnerstag den 15. Februar: Leipzig.
- Freitag den 16. Februar: Leipzig.
- Sonnabend den 17. Februar: Leipzig.
- Sonntag den 18. Februar: Falkenstein.
- Montag den 19. Februar: Delitzsch.
- Dienstag den 20. Februar: Treuen.
- Mittwoch den 21. Februar: Plauen.
- Donnerstag den 22. Februar: Pausa.
- Freitag den 23. Februar: Elsterberg.
- Sonnabend den 24. Februar: Mhlau.
- Sonntag den 25. Februar: Mühlthof.
- Montag den 26. Februar: Lichtenstein-Callenberg.
- Dienstag den 27. Februar: Wittweida.
- Mittwoch den 28. Februar: Frankenberg.
- Donnerstag den 1. März: Dederan.
- Freitag den 2. März: Freiberg.
- Sonnabend den 3. März: Burthardsdorf.
- Sonntag den 4. März: Gelenau.
- Montag den 5. März: Geyer.
- Dienstag den 6. März: Chemnitz.
- Mittwoch den 7. März: Mchennitz.
- Donnerstag den 8. März: Oschatz.
- Freitag den 9. März: Göhrnitz.
- Sonnabend den 10. März: Zwickau.
- Sonntag den 11. März: Oberhermersdorf-Altenbetsdorf.

Referentin: Frau Marie Wadwig-Dresden-Löbtau.

- Sonnabend den 17. Februar: Neuhäusl.
- Sonntag den 18. Februar: Neumark.
- Montag den 19. Februar: Limbach oder Brodau.
- Dienstag den 20. Februar: Reichenbach i. B.
- Donnerstag den 22. Februar: Eilenburg.
- Freitag den 23. Februar: Crimmitschau.
- Sonnabend den 24. Februar: Crimmitschau-Neulichen.
- Sonntag den 25. Februar: Stollberg.
- Montag den 26. Februar: Glauchau.
- Dienstag den 27. Februar: Leipzig.
- Mittwoch den 28. Februar: Leipzig.
- Donnerstag den 1. März: Großenhain.
- Freitag den 2. März: Baulien.
- Sonnabend den 3. März: Ramez.
- Sonntag den 4. März: Großenhain.
- Montag den 5. März: Selbenerdorf.
- Dienstag den 6. März: Leutersdorf.
- Mittwoch den 7. März: Ebersbach.
- Donnerstag den 8. März: Neugersdorf.
- Freitag den 9. März: Eibau.
- Sonnabend den 10. März: Spillnersdorf.
- Sonntag den 11. März: Cunewalde.
- Montag den 12. März: Löbau.
- Dienstag den 13. März: Reichenau.
- Donnerstag den 15. März: Zittau.
- Freitag den 16. März: Zittau.

Referentin: Frau Marie Grefenberg-Augsburg.

Sollten sich Verschiebungen notwendig machen, so ist umgehende Mitteilung notwendig, jedoch ist es besser, wenn jeder Ort mit dem für ihn angelegten Tag einverstanden ist. Weitere Versammlungen kann Frau Grefenberg sehr nicht übernehmen. Frau Wadwig können jedoch noch einige zugestellt werden.

Da beiden Referentinnen ein sehr guter Ruf vorausgeht, wird es Pflicht und Aufgabe der Kollegen und Kolleginnen sein, für Massenbesuch Sorge zu tragen, um so die Tour für unsern Verband zu einer recht erfolgreichen zu gestalten.

Mit kollegialen Grüßen  
Das Zentral-Agitationssomitee  
sächsischer Textilarbeiter und Arbeiterinnen.  
Im Auftrage:  
Albin Reichelt.

An die Bevollmächtigten und Vertrauensleute der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Sachsens.

Paul Beschluß der letzten Landeskonferenz hat das Zentral-Agitationssomitee beschlossen, die nächste Landeskonferenz sächsischer Textilarbeiter und Arbeiterinnen auf

**Donnerstag den 18. und Freitag den 19. März 1906**  
nach dem „Weißen Hock“ in Glauchau einzuberufen.  
Als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Zentralagitationskomitees.
  2. Bericht der Unteragitationskomitees.
  3. Bericht der Delegierten.
  4. Agitation. a) Wer-Einteilung; b) eventuelle Anträge zur Aufhebung von Gausleitern; c) Agitation im allgemeinen.
  5. Stellungnahme zu den Anträgen der in Mülhausen i. Th. stattfindenden Generalversammlung.
  6. Gewerkschaftliches.
  7. Festsetzung des Ortes, wo das Zentralkomitee resp. der Gauvorstand seinen Sitz haben soll.
  8. Festsetzung der Staudorte für die Unteragitationskomitees.
  9. Neuwahl des Zentralagitationskomitees resp. Wahl des Gauvorstands und der Unteragitationskomitees.
- Zu jedem Punkt der Tagesordnung Diskussion.  
Anträge auf Erweiterung oder Abänderung der Tagesordnung wolle man baldigst an Unterzeichneten einreichen.

Mit kollegialem Gruß!

Das Zentralagitationskomitee sächsischer Textilarbeiter und Arbeiterinnen.

J. A.: Albin Reichelt.

NB. Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Agitation im allgemeinen betreffend, wünschen die Leipziger Kollegen, daß das Sektionswesen innerhalb des Verbandes mit verhandelt werde. D. D.

### Wahltag! Gau I (Schlesien).

Auf Beschluß des Gauvorstandes findet Sonntag den 4. März und Montag den 5. März 1906 die erste Gaukonferenz in Breslau statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Tätigkeitsbericht des Gauleiters.
3. Bericht der in Langenbielau eingesetzten Lohnkommission.
4. Unsere zukünftige Taktik bei Lohnkämpfen (Referent: Kollege Otto Fritsch).
5. Anträge zur Konferenz.
6. Stellungnahme zur Generalversammlung des Verbandes in Mülhausen i. Th.
7. Wahl des Gauortes und des Gauleiters.
8. Festsetzung des Ortes der nächsten Gaukonferenz.
9. Geschäftliches.

Etwaige Anträge zur Konferenz müssen bis 1. Februar 1906 an Unterzeichneten eingereicht werden.

Laut Gaureglement haben die Filialen Langenbielau und Reichenbach je 3, Peterswaldau und Weigelsdorf je 2, alle übrigen Orte, mit Ausnahme der folgenden, welche zu Wahlbezirken zusammengelegt werden, je 1 Delegierten zur Konferenz zu entsenden.

Es wählen zusammen die 2 Wahlbezirke: 1. Neusalz 45 und Freystadt 24 Mitglieder (Wahlleiter: Gustav Sternitzka, Freystadt, Klosterstraße 73); 2. Neurode 34 und Leobschütz 15 Mitglieder (Wahlleiter: Wilh. Marx, Neurode, Leobschütz 264) je einen Delegierten.

Die Wahlen der Delegierten werden in Versammlungen, oder wo solche nicht möglich sind, durch Stimmensammlung vorgenommen. Das Resultat ist sofort an Unterzeichneten einzuliefern.

Die Kosten der Delegationen tragen die einzelnen Wahlorte selbst. Wenn eine Filiale hierzu nicht in der Lage ist und die Gausleitung die Kosten beden soll, so muß ein diesbezüglicher Antrag an den Gauvorstand gerichtet sein, jedoch mindestens 14 Tage vor der Konferenz.

Kollegen und Kolleginnen! Die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung macht eine gründliche Durchberatung notwendig, jedoch wir zwei Tage ansehen mußten. Nehmt Stellung zur Konferenz, schickt Kollegen oder Kolleginnen, welche mit Feuereifer bei der Sache sind, damit die zu leistende Arbeit eine erprobliche für unsere Organisation werden möge!

Ort und Zeit wird später bekannt gemacht. Die Adresse der gewählten Kollegen und etwaige Wünsche derselben betreffs Nachquartier sind bis zum 15. Februar 1906 einzusenden.

Mit kollegialem Gruß!

Der Gauvorstand.

J. A.: Paul Thier Schmidt, Vorsitzender, Liegnitz, Rathbachstraße 1.

Die Agitationstour mit weiblichen Referenten findet wie folgt statt:

Bunzlau	Sonntag den 3. Februar
Leisnig	Sonntag den 4. Februar
Seidenberg	Montag den 5. Februar
Görlitz	Dienstag den 6. Februar
Lauban	Mittwoch den 7. Februar
Schmiedberg	Donnerstag den 8. Februar
Schweidnitz	Freitag den 9. Februar
Reichenbach	Sonntag den 10. Februar
Langenbielau	Sonntag den 11. Februar, nachmittags
Weigelsdorf	Sonntag den 11. Februar, abends
Peterswaldau	Montag den 12. Februar
Landeshut	Dienstag den 13. Februar
Friedland	Mittwoch den 14. Februar
Freiburg	Donnerstag den 15. Februar
Liegnitz	Sonntag den 17. Februar
Neusalz	Sonntag den 18. Februar
Grünberg	Montag den 19. Februar

Referentin ist in allen Versammlungen Frau Hedwig Kiesel-Berlin, die als gute Rednerin bekannt ist. Als Thema schlägt sie folgende Punkte vor: 1. Der Einfluß der Arbeiterbewegung auf das Familienleben. 2. Die Menschheit im Klassenkampf. 3. Die Stellung der Frau in der Industrie. Sollten die Kollegen spezielle Wünsche nicht äußern, so gilt das unter Punkt 3 Angegebene als Versammlungsthema.

Kollegen und Kolleginnen! Nehmt sofort die Vorbereitungen auf! Werden kurze Ausrufe gewünscht, so wendet euch sofort an uns.

Haben wir im alten Jahre einen schönen Fortschritt gemacht, so muß sich unser Eifer verdoppeln und unser Mut verdreifachen! 5000 Mitglieder haben wir im 4. Quartal sicher überschritten, jetzt geht's auf die 10 000 los! So immer weiter! Dann ist es eine Lust zu agitieren. Darum ungehäutet an die Arbeit! In der Vorarbeit liegt der Erfolg!

Wäge das bisher zurückgeliebene Schlesien bei dem Wettkampf der einzelnen Gause mit in erster Reihe zu finden sein! Dazu soll die obige Agitationstour mit beitragen.

Die Versammlungen müssen zu Massenversammlungen werden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand.

J. A.: Otto Fritsch, Liegnitz, Schloßstraße 22, III.

### Gaubezirk Rechtsrheinland, Westfalen und Großherzogtum Hessen.

Das Bureau der Gauverwaltung befindet sich ab 1. Februar 1906 in Elberfeld, Exercierplatz Nr. 40 III.

Sämtliche Zuschüsse und Sendungen sind von da ab nach dort zu adressieren. Alle Geldsendungen sind dagegen nach wie vor an den Gaukassierer Kollegen Jakob Kühner, Barmen, Eichenstraße 136, zu richten.

Diesem Ortsverwaltungen, die noch nicht die Abrechnungsformulare, Adressenverzeichnisse, statistischen Fragebogen und Veranlagungstermine an den Gaukassierer eingereicht haben, werden ersucht, dies unverzüglich nachzuholen.

Ferner werden die Ortsverwaltungen ersucht, so weit es noch nicht geschehen, den Beitrag für das 4. Quartal 1905 an den Gaukassierer abzusenden.

Der Gauvorstand.  
J. A.: Aug. Steinbrink,  
Elberfeld, Exercierplatz Nr. 40 III.

### Gau Süddeutschland.

An die Filialen und Zahlstellen unseres Gauces richten wir das Ersuchen, laut Beschluß der Gaukonferenz in Straßburg vom 1. Januar ab 5 Pf. pro Mitglied und Quartal an den Gaukassierer Bernhard Roos, Ulmenweg 14 in Mülhausen im Elsaß, zu senden.

Die Beiträge an die Gaukasse müssen bis zum 15. des ersten Monats im Quartal eingeschickt werden.

Der Vertrauensmann für Württemberg ist aufgehoben und müssen auch die Gelder aus Württemberg an obige Adresse gesandt werden.

J. A. des Gauvorstandes: Josef Gsell.

### Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

**Adorf i. V.** Das Mitglied Robert Geipel, St.-Nr. 177 979, ist in der Generalversammlung der Filiale nach § 4a aus dem Verbanne ausgeschlossen worden. — Das Mitgliedsbuch Nr. 97 283, auf den Namen Hans Lindner lautend, ist verloren gegangen. Es werden die Ortsverwaltungen hiermit ersucht, bei keinem event. Auslaufen selbiges einzuziehen.

**Adorf i. V.** Filiale Adorf, Eduard Köllner, Vorsitzender. Kassierer: August Lindert; Schriftführer: Paul Reinhold. Reiseunterstützung zahl der Vorsitzende D. Beyer zu jeder Tageszeit, Krankenunterstützung der Kassierer nur Sonntags aus.

**Bremen.** 1. Vorsitzender: Josef Urban, Kolonnenstr. 3, I. Kassierer: August Hermann, Breslauer Str. 10. Reise- und Krankenunterstützung wird vom Kassierer ausgezahlt. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden der Filiale zu richten.

**Bemelingen.** 1. Vorsitzender: Friedrich Rabede, Bemelingen, Bertramstr. 12; Kassierer: Heinrich Reptig, Bemelingen, Seelampr. 7a. Reise- und Krankenunterstützung wird nur von 7 bis 8 Uhr abends (Sonntags von 12 bis halb 2 Uhr) beim 1. Vorsitzenden ausgezahlt. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden, Kollegen Friedr. Rabede, Bertramstr. 12, zu richten.

**Mülhausen i. Elß.** Für Mülhausen i. Elß. und Umgebung ist als 1. Vertrauensmann Joseph Gsell, als 2. Vertrauensmann Albert Hiltzger, Ulmer Str. 6, gewählt. Kranken- und Reiseunterstützung werden bei Albert Hiltzger ausgezahlt. Alle Zuschriften sind an Joseph Gsell, Straßburger Str. 61, I, zu richten.

**München.** Erster Vorsitzender: Jos. Fuhs, Trogerstr. 8, I, II; zweiter Vorsitzender: Adm. Müller, Rosenheimer Str. 81, I; Kassierer: Stephan Paul, Berg am Laimstr. 9, II, I; erster Schriftführer: Albrecht Schlegel, Sedanstr. 16, III; zweiter Schriftführer: Karl Schieferer, Augustinerstr. 88, II, II; Reise- und Krankenunterstützung zahlt Jos. Fuhs von 12 bis 1 Uhr mittags und von halb 7 bis halb 8 Uhr abends aus. Sämtliche Zuschriften sind an den ersten Vorsitzenden zu richten. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, statt.

**W.-Gladbach.** Den Mitgliedern sowie den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß Krankenunterstützung nebst Reiseunterstützung fortan bei dem Geschäftsführer Wilh. Panchuis, Eichenstr. 4, ausgezahlt werden, und zwar von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Neuves.** Wegen rückständiger Beiträge wurde Kollege Ernst Homberg, Buchnummer 113 988, aus dem Verbanne ausgeschlossen.

**Wieschen.** (Berichtigung.) In dem Bericht in Nr. 3 soll es heißen: Der Mitgliederbestand ist vom 1. Januar bis 15. Dezember 1905 um 300 Personen gewachsen.

**Wieschen.** Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher in den nächsten Tagen betreffs Kontrolle einzuliefern. Die Ausgabe findet 3 Wochen nach der Einlieferung der Bücher statt.

**Weiden.** Auf Grund des Paragraph 4, Absatz a, wurden ausgeschlossen: Hedwig Pipa, St.-Nr. 212 769; Franz Wondra, St.-Nr. 224 229; Elias Friedrich, St.-Nr. 269 271; Christian Reinhold, St.-Nr. 259 272; Rudolf Lutjehel, St.-Nr. 232 326.

**Weigelsdorf.** Vorsitzender: Karl Zimmer, Lagerstr. Langenbielau, 4. Bez., Gasthaus zum „Goldenen Stern“. Die in voriger Nummer unter „Langenbielau“ erschienene Notiz war falsch.

### Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter.

**Brakwe.** Sonntag den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Wehmeier.

**Bramsche.** Sonntag den 4. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Surendorf.

**Duisburg.** Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei S. Vogt, Oststraße 124.

**Düsseldorf.** Montag den 5. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

**Eisenach.** Sonnabend den 27. Januar, abends 8 Uhr, in der „Frankl. Bierhalle“.

**Elberfeld-Barmen.** (Posam.) Sonntag den 4. Februar, vorm. halb 11 Uhr, bei Oskar Schäfer, Barmen.

**Fürth.** Sonnabend (Samstag) den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Ida Walfersgasse 13.

**Falkenstein i. B.** Sonntag den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, im „Eich. Hof“.

**Fürstentum.** Sonntag den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, in der „Schloßkellerei“.

**Gütersloh.** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Lumerzheim.

**Hilden.** Montag den 29. Januar, abends 9 Uhr, bei Kröll.

**Hohenleuben.** Sonnabend den 3. Februar, bei Hermann Schläp.

**Kiel.** Sonntag den 4. Februar im „Braunen Hirs“.

**Lambrecht.** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Schloffer.

**Langerfeld.** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Buschans.

**Mülhausen i. Th.** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof“.

**Mühlheim a. Rh.** Dienstag den 6. Februar.

**München.** Sonntag den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr.

**Mühlau i. B.** Sonnabend den 3. Februar, in der „Germannia“.

**Nehschan.** Sonntag den 28. Januar, nachmittags halb 3 Uhr, im „Bayrischen Hof“.

**Neustadt (Orla).** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, im Café Krüge.

**Peterswaldau.** Sonntag den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Kruchmann.

**Reutlingen.** Sonnabend (Samstag) den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Wilhelm Deutscher („Troler“).

**Weller.** Sonnabend (Samstag) den 3. Februar, nachmittags halb 3 Uhr; Vortrag Brüggemanns.

### Sonstige Zusammenkünfte.

**Berlin.** Jeden Freitag, abends von 7—10 Uhr, bei G. Rüdert, Blumenstraße 38; Zähltag.

**Berlin.** (Sektion der Defaleure.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstr. 69; Zähltag.

**Berlin.** (Sektion der Städer.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Sendelstr. 30; Zähltag.

**Berlin.** (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Zietenstr. 81; Zähltag.

**Berlin.** (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Hamann, Marchstr. 23; Zähltag.

**Berlin.** (Für Moabit.) Goshlowstr. 24 im Lokal; Zählstelle.

**Berlin-Weißensee.** Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Content, Leber Straße 5; Zähltag.

**Gebweiler.** Montag den 6. Februar.

**Oschag.** Sonnabend den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“; Zähltag.

**Taura.** Sonntag den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Köhlers Restaurant; Besprechung.

**Werdau.** Sonnabend den 3. Februar im „Bergkeller“.

**Wittgensdorf.** Sonntag den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Bergschloßchen“; Besprechung.

**Wunsiedel.** Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr, auf der „Königshöhe“.

**Zell.** Sonntag den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der „Krone“ in Hausen.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

### Briefkasten.

**F. A., Maulburg.** Mit Ihrer Frage wollen Sie sich lieber an den Zentralvorstand wenden.

**F. A., Limbach.** Das können wir nicht sagen.

### Berichtigung.

In dem Artikel in voriger Nummer „In Schlesien machen wir es so!“ muß es statt Hubant Rudolstadt heißen.

### Filiale Adorf i. V.

Die werten Mitglieder werden ersucht, an dem Sonnabend den 3. Februar 1906 statfindenden

### Kränzchen

sehr zahlreich zu betheiligen. Nur Mitglieder und deren Angehörige haben Zutritt.

Anfang 1/8 8 Uhr. Der Vorstand.

### Zahlstelle Crimmitschau.

Obige Ortsgruppe feiert Sonntag den 4. Februar ihr diesjähriges

### Stiftungsfest

in den Sälen „Grüntal“ und „Hotel zum Schwarzen Adler“. Daselbst besteht aus Konzert, Festspeise und darauffolgendem Ball.

Es sind Reiten und Mähen nicht geübt worden, den Tag zu einem genugsamen zu gestalten, weshalb auch allseitige Teilnahme der Mitglieder erwartet wird. Um jede Störung des Konzerts zu vermeiden, werden die Türen während jeder Aufführung geschlossen gehalten.

Kinder haben keinen Zutritt.

Der Bevollmächtigte

### Hannover-Linden.

Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr: Versammlung im Verbandslokale bei W. Rorte, Linden, Pavillonstraße 1. Vortrag.

Der Vorstand. J. A.: Hermann Dieger.

### Langerfeld.

Samstag den 3. Februar, abends halb 9 Uhr, im

Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über den Anschluß an das Barmen Gewerkschaftsstatut. 2. Vorschlag eines Delegierten zur Generalversammlung und Stellung von Anträgen zu derselben. 3. Vortrag des Kollegen Steinbrink-Elberfeld. 4. Verschiebenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

### Ludenwalde.

Sonnabend den 27. Januar, abends von 8 Uhr ab, feiert die hiesige Filiale im Restaurant Reinhold Springer (Etablissement „Bürgerhof“) ihr

### Fastnachtsvergnügen mit Tanz.

Berlin 30 Pf. Person 30 Pf. Wir laden hierzu nur die Mitglieder nebst Angehörigen zu recht reger Beteiligung ein. Das Komitee.

NB. Kaffeetafel findet nicht statt. Es wird jedoch Kaffee in Kannen zu ermäßigten Preisen verabfolgt.

### Oberlungwitz.

Sonntag den 28. Januar, nachmittags 6 Uhr

### Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Stellungnahme zur Delegiertenwahl zur Landeskonferenz und zur Generalversammlung. 4. Berichtsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist höchst wünschenswert bei der wichtigen Tagesordnung. Der Vorstand.

### Filiale Sommerfeld, Bez. Frankfurt a. O.

Donnerstag der 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Petersdorferstr. 139:

### Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

### Posamentiergehilfe

tätiger Stuhlarbeiter, der auch etwas Handarbeit versteht, baldigst gesucht. Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Köhler Tarif.

Alfr. Andersson Pos.-Fabrik, W.-Glabbad, Eberjenderstr. 142.

### Gestorben:

Ludenwalde. Am 14. Januar Verbandsmitglied Otto Wipprecht, 50 Jahre alt. — Herzschlag.

Böhmitz. Verbandsmitglied Emil Eintel, 37 Jahre alt. — Proletarierkrankheit.

Chro ihrem Angedenken!

Inhalt (Hauptblatt): Streitfalltafel. — Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1905. — Mitteltungen aus Fachkreisen. — Posamentiererbewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmenskreisen. — Vermischtes. — Befanntgaben. — Verbandsmitteilungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Berichtigungen. — Inserate. — Totenliste. — (Beilage): Erste Gaukonferenz des Gauces Süddeutschland. — Vermischtes.

Verleger: Clemens Bleweg, Döbeln. — Redakteur: Paul Wagener, Chemnitz. — Drucker: Landgraf & Co., Chemnitz.

Hierzu eine Beilage.

# Beilage zu Nr. 4 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 26. Januar 1906.

## Erste Gautionferenz des Gaues Süddeutschland

abgehalten am 31. 12. 1905 und 1. 1. 1906 in Strassburg i. El.

### 1. Sitzungstag.

Kollege Gsell, Mülhausen i. El., eröffnet mit einer kurzen Ansprache die Konferenz vormittags halb 11 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Bericht der Delegierten.
3. Unsere weitere Agitation in Süddeutschland, a) Tarifbewegung b) Teilung des Gaues.
4. Stellungnahme zur Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Verbandes in Mülhausen i. El.
5. Anträge.
6. Wahl des Gauleiters.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurden die Kollegen Gsell, Mülhausen und Brühl, Göppingen als Vorsitzende, Kollege Hermann Eder, Reutlingen als erster Schriftführer und die Kollegen Kimmle, Lambrecht und Moser, Brombach als zweiter und dritter Schriftführer gewählt.

Zur Geschäftsordnung wünschte Kollege Krähig, daß der erste und zweite Punkt der Tagesordnung zusammengefaßt würden. Dilem Wunsch wird zugestimmt.

Zum Geschäftsbericht erhält Kollege Krähig das Wort. Er führt u. a. aus:

Bei seinem Eintritt in seine Geschäftstätigkeit im Gau Süddeutschland hätten viele Mitglieder diesem Eintritt pessimistisch gegenübergestanden. Jedoch habe sich dieser Pessimismus als vollständig unbegründet erwiesen. Die Geschäfte seien mit dem besten Endergebnis aller Kollegen geregelt worden. Die Tätigkeit sei infolge des weit ausgedehnten Gaues eine sehr intensive gewesen. Die Filialen Biele, Colmar, Rosheim, Hünningen hätten einen großen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, seien aber infolge Mißwirtschaft wieder zurückgegangen. Die bestverwaltete Filiale im ganzen Gau sei Markkirch. Große Fortschritte hätten auch die Filialen Lambrecht und Kaiserslautern zu verzeichnen. In Baden existierten anfangs 5 Filialen, die Zahl hat sich aber bis auf 14 erhöht. Württemberg ließe sehr viel zu wünschen übrig. Göppingen sei die beste Filiale in Württemberg. Bellingen hingegen lasse im Verhältnis zu der dort beschäftigten großen Zahl von Textilarbeitern am Mitgliederbestand sehr viel zu wünschen übrig. Das Gleiche gelte auch von Balingen, Ebingen und Thailfingen. Redner bedauert, daß es ihm im Laufe des Geschäftsjahres nicht möglich gewesen sei, in Hall Versammlungen abzuhalten. Kirchheim lasse überhaupt nichts von sich hören. Redner bedauert ferner, daß die Hausagitation im allgemeinen schwach betrieben worden ist. Namentlich in Württemberg sollte in dieser Weise mehr als bisher gearbeitet werden. Durch öffentliche Versammlungen, welche nichts als hohe Kosten verursachen, könne man in Württemberg bei den eigenartigen Verhältnissen, welche dort mit in Betracht zu ziehen seien, nichts oder wenigstens nicht viel erreichen. Der große Aufschwung, der in einzelnen Filialen wahrzunehmen sei, sei hauptsächlich auf die Art von Agitation zurückzuführen. In Mülhausen soll im Laufe des Jahres eine rege Agitation betrieben werden. In Hünningen sollte infolge großer Unregelmäßigkeiten, welche sich die dortige Verwaltung zu schulden kommen ließ, eine Reorganisation des gesamten Vorstandes vorgenommen werden. Jedoch wurde dies immer wieder von dem dortigen Vorstand vereitelt. Zuletzt sei es aber doch noch gelungen, in dieser Filiale bessere Kräfte für die Verwaltung zu gewinnen. Dem Zentralvorstand sollte in Zukunft die Befugnis zugesprochen werden, der Wahl der Verwaltungsbeamten die Befähigung zu erteilen oder zu versagen. Dadurch würden sich Vorkommnisse, wie sie in Hünningen zu verzeichnen waren, am besten vermeiden lassen. Müßlingen habe eine kleine Lohnaufbesserung errungen, leider sei hier vom Zentralvorstand sehr viel gesündigt worden. Die Streikenden sind nicht genügend unterstützt worden; wäre dieser Fehler vom Zentralvorstand nicht gemacht worden, dann hätte man an die betreffende Fabrikleitung weitere Forderungen stellen können, und bei dem damaligen guten Geschäftsgange hätte man auch sicherlich die Firma zwingen können, weitere Zugeständnisse zu machen. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner noch auf die traurige Lohnbewegung in Neckartenzlingen zu sprechen. Im Müllacker seien Versuche gemacht worden, die Arbeiter durch Stellung von Forderungen an die einzelnen Firmen für unsere Bewegung zu interessieren. Die Bewegung in Rosheim habe einen guten Verlauf genommen, der Streik sei dort gewonnen worden, leider aber sei die Mitgliedschaft in Rosheim trotz energischer Agitation weit zurückgegangen. Über durch den Rückgang der Mitgliederzahl dieser Filiale habe der Mitgliederbestand in Ober-Mönsheim trotz eifriger Waffenhilfe seinen Fuß gefaßt. In Bismarck sind die Forderungen der Arbeiter trotz schlechter Organisation durchgeführt worden. Wie die Lohnbewegung in Dörrach enden wird, kann mit Bestimmtheit noch nicht gesagt werden, weil der Zentralvorstand zu spät von dieser Lohnbewegung unterrichtet wurde. Im ganzen Elß ist unsere Bewegung infolge der rührigen christlichen Agitation etwas ins Stocken geraten; das soll aber in nächster Zeit mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wieder wettgemacht werden. Redner tadelt, daß die Quartalsabrechnungen so mangelhaft ausgefertigt werden, ferner, daß viele Kollegen der Meinung seien, daß man nicht immer am 1. jedes neu angefangenen Quartals abrechnen brauche, sondern dies auch noch ein paar Wochen später tun könne. Dies sei ein großer Irrtum. Um eine geordnete und geordnete Kassenführung herbeiführen zu können, sei es unbedingte Pflicht der einzelnen Ortsverwaltungen, ihre Abrechnungen jedesmal am 1. jedes Quartals fertigzustellen. Das weiteren empfiehlt Redner, den Vertrauensposten in Württemberg eingehen zu lassen. Im Laufe des Geschäftsjahres sind 563 Postsendungen ein- und 858 Postsendungen ausgegangen. Versammlungen, in welchen Kollege Krähig anwesend war respektive referierte, sind abgehalten worden in:

Elß 18 Mitgliederversammlungen  
Baden 5  
Württemberg und Hohenzollern 3  
Mülhausen 1

68 Fabrikversammlungen, 28 Vorstandssitzg.  
Baden 28  
Württemberg u. Hohenzollern 57 22  
Mülhausen 16 12

Außer diesen hat Redner noch in der Schweiz 8 und in Oberelsaß 1 Versammlung abgehalten. In Württemberg sind die Filialen Ruchen, Müßlingen und Heddingen neu gegründet worden. 80 850 Exemplare Flugblätter mit dem Thema: „Krieg oder Frieden“ sind verbreitet worden. Mit dem gleichen Thema

wurden 14 000 Exemplare in französischer Sprache herausgegeben. Außer diesen Flugblättern wurden noch 20 000 Exemplare kleineren Formats verbreitet. Frau Marie Greiffenberg hat im Elß und in Baden 35 zum Teil sehr gut verlaufene Versammlungen abgehalten. Am Schlusse seines Geschäftsberichts hebt Redner hervor, daß im Laufe des verfloßenen Geschäftsjahres die Tätigkeit der Gauleitung eine äußerst anstrengende gewesen sei. Die Agitation sei überaus intensiv bestrebt worden. Die Mitgliederzahl des ganzen Gaues habe sich von 1700 im Anfange des Geschäftsjahres auf 3500 am Schlusse des Geschäftsjahres erhöht. Redner appelliert zum Schlusse seines sehr ausführlichen Berichts an die Delegierten, im Laufe des kommenden Jahres mit aller Energie und Entschlossenheit an dem begonnenen Werke weiter zu arbeiten und den Gedanken der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auch in jenen Kreisen zu verbreiten, welche uns bis dato noch feindselig und interesselos gegenüberstehen.

Gsell, Mülhausen gibt hierauf bekannt, daß er infolge Maßregelung jetzt auch in der Lage sei, agitatorisch zu arbeiten und Kollegen Krähig unterstützen zu können. Jedoch erstreckt sich seine Tätigkeit speziell nur auf Mülhausen. Er rügt nun ganz entschieden das Vorgehen des früheren Vorstandes in Hünningen. Redner kommt in seinen weiteren Ausführungen auch auf das sonderbare Verhalten des christlichen Arbeitersekretärs Fischer während der Lohnbewegung der Textilarbeiter in Tönnau zu sprechen. In Baden würde man bedeutend mehr Erfolge erzielen können, wenn nur die nötigen agitatorischen Kräfte zur Verfügung kämen. Versammlungen sind von ihm, (Redner) 142 abgehalten worden.

Gumbel, Stuttgart erklärt sich mit den Ausführungen Krähigs einverstanden und ist ebenfalls dafür, den Vertrauensposten in Württemberg eingehen zu lassen, da er erwiesen habe, daß derselbe keinen großen agitatorischen Wert habe. Versammlungen wurden von ihm 18 und Besprechungen 10 abgehalten.

Im großen und ganzen hätten die Arbeiter noch viel zu viel Angst, sie befürchteten zum größten Teil, daß sie ihrer Beschäftigung verlustig gingen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisierten. Redner schildert hierauf noch verschiedene in einzelnen Betrieben zu Tage tretende Mißstände.

Der Kassenbericht wird in spezialierter Form vom Gauassessor gegeben. Die Einnahmen betragen vom 1. 10. 1904 bis 31. 12. 1905 10 080,37 Mk., die Ausgaben 954,81 Mk., so daß ein Kassenbestand von circa 125,56 Mk. besteht. Die Kassenführung wird von den Revisoren revidiert und für richtig befunden. Dem Gauvorstand wurde hierauf auf Antrag des Koll. Kimmel Decharge erteilt.

Bericht der Mandatsprüfungskommission: Anwesend sind 25 Delegierte. Außer diesen sind anwesend: Hübsch (Berlin), Gsell, Krähig, Hiltager und der Gauassessor sämtlich in Mülhausen, Brühl von der Zentralkommission Strassburg. Nicht vertreten sind Sandhosen und Balingen. — Das Verhalten der Balingener Kollegen in der Delegiertenfrage wurde von sämtlichen anwesenden Delegierten aufs entschiedenste verurteilt. Auf Antrag des Kollegen Krähig werden folgende Anträge mit Punkt 1 und 2 der Tagesordnung mit zur Diskussion gestellt. Antrag des Gauvorstands:

Der von den Ortsverwaltungen an die Gaukasse zu entrichtende Beitrag wird einheitlich pro Quartal und Mitglied auf 5 Pf. festgelegt und ist bis zum 15. des ersten Monats im neuen Quartal an den Gauassessor einzulösen.

Antrag Göppingen:  
„Kosten, die den Filialen durch außerordentliche Agitationen entstehen, sollen unbedingt von der Gaukasse getragen werden.“

In der hierauf folgenden Debatte berichtet Kimmle über die Lohnbewegung in Lambrecht. Diese Filiale habe durch die Bewegung über circa 100 neue Mitglieder gewonnen.

Scherrer berichtet über die Lohnbewegung in Kaiserslautern. Die Forderungen, welche hier von den Arbeitern gestellt wurden, seien zum größten Teile von den Unternehmern angenommen worden. Jedoch seien 6 Kollegen gemagtregelt worden und aus diesem Grunde 60 Kollegen aus dem Verband ausgetreten.

Müller-Ruchen ist für den Antrag Göppingen und wünscht, daß die kleineren Filialen in finanzieller Hinsicht besser unterstützt werden.

Der Freiburger Delegierte beklagt sich, daß Kollege Krähig verschiedene Filialen so wenig berücksichtigt habe. Er gibt aber zu, daß die Freiburger Kollegen viel zu ängstlich in die Agitation eintreten. Redner tadelt die Einteilung der Wahlkreise zur Gautionferenz, ferner, daß die Konferenz nach Strassburg und nicht nach Offenburg einberufen wurde.

Keppler, Göppingen gibt bekannt, daß in der Gegend von Göppingen von Seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes große Anstrengungen gemacht werden, neue Mitglieder zu gewinnen. Demgegenüber müsse auch von unserer Seite aus mehr geschaffen werden, wenn wir nicht ins Hintertreffen kommen wollen. Er empfiehlt, Fabrikversammlungen abzuhalten, man würde mit diesen mehr erzielen, als man bis dato durch öffentliche Versammlungen erzielen konnte.

Der Dornacher Delegierte erklärt, daß man im Wiesental durch Fabrikversammlungen schöne Erfolge erzielt habe. So sind in Dornach in kurzer Zeit 100 Mitglieder gewonnen worden, jedoch seien wieder 20 abgefallen, weil man ihnen angeblich immer mehr verspreche, als man halten könne. So sei von einer Person das Gerücht verbreitet worden, „es komme ein ganzes Schiff mit Geld (welches wohl unter die Mitglieder zur Verteilung gelangen sollte). Des weiteren kommt Redner noch auf verschiedene Mißstände in der Dornacher Industrie zu sprechen.

Ein Delegierter von Mülhausen stellt hierauf folgenden Antrag:

„Der Gauvorstand wird beauftragt, den Geschäftsbericht vier Wochen vor der Konferenz in Druck erscheinen zu lassen und den örtlichen Verwaltungen zuzustellen.“

Im weiteren erklärt sich Redner mit Antrag 1 des Gauvorstandes einverstanden, nur soll im Fachorgan alljährlich die Abrechnung veröffentlicht werden, damit man die kümmerlichen Filialen in Erfahrung bringen könne.

Saur, Müßlingen erklärt, daß in Württemberg unbedingt mehr agitiert werden muß. So gebe es z. B. im Steinbachthal noch viele Ortschaften, wo überhaupt noch keine Versammlungen abgehalten wurden. Deshalb sei es notwendig, den Gau Süddeutschland in kleinere Bezirke zu teilen. Redner ist mit dem Antrag Reutlingen-Göppingen einverstanden.

Der Delegierte von Waldshut regt ebenfalls eine energiegeladere Agitation im badischen Oberland an. Er ist gegen öffentliche, aber für Fabrikversammlungen. Mit öffentlichen Versammlungen habe man auch in Waldshut die gewünschten

Erfolge nicht erzielt. Redner erklärt sich mit dem Antrag 2 Göppingen einverstanden.

Der Schiltacher Delegierte fragt verwundert an, wo Kollege Krähig in Erfahrung gebracht habe, daß die Schiltacher Textilarbeiter in eine Lohnbewegung treten wollen. Krähig wisse ja von den Schiltachern mehr als er.

Gsell, Mülhausen erwidert dem Freiburger Delegierten, daß man mit der Einteilung der Wahlbezirke nicht anders verfahren konnte. Er wendet sich in kurzen Bemerkungen gegen die Mülhausener Delegierten.

Der Delegierte von Brombach teilt mit, daß sich die Filiale Brombach auf 200 Mitglieder emporgeschwungen habe.

Der Delegierte von Colmar erklärt, daß die Textilarbeiter von Colmar durch ihr Fernbleiben von den Versammlungen bekunden, daß sie für die Gewerkschaftsbewegung noch nicht das nötige Interesse besäßen.

Der Bismarcker Delegierte gibt eine kurze Aufklärung, wie der Streik in Bismarck entstanden ist. Es seien erhebliche Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Um diese abzuwehren, habe man mit dem Fabrikinspektor Verhandlungen angebahnt, habe aber seitens der Fabrikleitung kein Entgegenkommen gefunden. Man habe vielmehr russisch-polnische Arbeiter herangezogen und die Einheimischen entlassen. Durch dieses Vorgehen hatten sich diese empört und die Angelegenheit sei so zugespitzt worden, daß die Arbeiter von ihrer äußersten Waffe Gebrauch machen mußten.

Hübsch, Berlin kommt in längeren Ausführungen auf die örtlichen Verwaltungen zu sprechen und bemerkt, daß verschiedene Zustände da seien, welche zu recht guten Hoffnungen Veranlassung gäben, aber durch zu schlampe Verwaltung wieder retour gingen. Man müsse mit aller Energie dem Gaubeamten zu Hilfe gehen. Die Kollegen am Ort müßten die meiste Arbeit selbst verrichten. Mit der Bewegung im Elß, in Württemberg und Baden könnten wir unter keinen Umständen zurecht kommen, wenngleich man in Betracht ziehe, daß sich der Mitgliederbestand um 80 Prozent gehoben habe. Die Mitgliederzahl sei gleichmäßig in sämtlichen in Frage kommenden Ländern des Gaues gestiegen. Redner kommt auch auf die Emmendinger Verhältnisse zu sprechen. Es sei im höchsten Grade verwunderlich, daß Mitgliederzahlen, wie Emmendingen, Wehingen u. a., geradezu sprungweise heruntergekommen sind. Dilem Umstände müßten andere Ursachen zu Grunde liegen. Der Gauvorstand würde befähigt sein, daß im Punkte Agitation auch der Zentralvorstand für Süddeutschland sein Möglichstes geleistet habe. Redner weist auf Augsburg hin. Er hätte nie geglaubt, daß Augsburg Mülhausen zuvorkommen würde betreffs der Mitgliederzahl. Hier haben wohl äußere Anlässe und die Mitglieder selbst dazu beigetragen, die Filiale in die Höhe zu bringen. Eine einzelne Person könne das nicht, auf eine einzelne Person sich zu verlassen, sei nicht am Platze. Zum Schlusse betont Redner, daß der Zentralvorstand auch in Zukunft den süddeutschen Kollegen zu Hilfe kommen werde und einer Neuerteilung des Gaues sympathisch gegenüberstehe.

Letzter bespricht die Heshinger Zustände.

Der Markircher Delegierte ist mit den Ausführungen des Kollegen Hübsch einverstanden.

Krähig bittet die einzelnen Redner, sich kurz zu fassen, da sein Referat über „Unsere weitere Agitation in Süddeutschland“ circa zwei Stunden in Anspruch nehmen werde.

Brigel, Göppingen plädiert lebhaft für den Antrag 2 Göppingen.

Brühl, Strassburg bedauert, daß die einzelnen Filialen die Zentralkommission betreffs Stellung von Referenten zu öffentlichen Versammlungen so wenig in Anspruch nahmen. Die Zentralkommission wird jederzeit die Referenten der Verwaltungen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Redner bittet noch, daß der Zentralkommission die Erlaubnis erteilt werde, Revisionen der örtlichen Verwaltungsstellen vornehmen zu dürfen.

In seinem Schlusswort erwidert Kollege Krähig zunächst dem Freiburger Delegierten und stellt die Emmendinger Bewegung richtig. Betreffs Waldshut führt Redner aus, daß er und Kollege Gsell zu wiederholten Malen nach Waldshut gegangen seien, um die dortige Angelegenheit zu regeln. Gegen die Beschwerde des Dörracher Delegierten führt Redner aus, daß er seine ganze Kraft dieser Filiale zur Verfügung gestellt habe und empfiehlt den Dörracher Kollegen, das altschwäbische Sprichwort zu beherzigen: „Wenn man einem Esel zuviel aufsäbt, dann schüttelt er sich.“ Mit dem Antrag Klinger ist er (Redner) einverstanden. Gegen die Behauptung, daß er (Redner) sich zuviel mit den Christlichen herumschlage, müßte er erwidern, daß, wenn er dies nicht getan hätte, die Zentrums- und sozialistische Presse alle errungenen Erfolge für sich in Anspruch genommen hätte. Krähig wendet sich in kurzen Bemerkungen gegen Hübsch betreffs des Mitgliederrückganges in Wehingen. Daß Dornach selbständig werde, damit ist Redner absolut nicht einverstanden. Nach weiteren Erörterungen stimmt Redner den Ausführungen des Kollegen Hübsch zu und bemerkt, daß er im Monat Januar seine ganze Kraft den Mülhausener Kollegen zur Verfügung stellen werde.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung beantragt Kollege Krähig folgende Anträge mit zur Diskussion zu stellen:

Antrag III.

„Der Gauvorstand wird beauftragt, die Abhaltung einer Konferenz folgender Orte vorzubereiten: Erzingen, Waldshut, Cauffenburg, Gdornwiel, Säckingen, Rheinleiden, Dörrach, Müßlingen und Sulz. Zur Tagesordnung dieser Konferenz stellen wir folgende Anträge:

1. Wie betreiben wir die Agitation, um die in der Selbener- und Wehener Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen?

2. Erhebungen über die in verschiedenen Orten und Selbener- und Wehener Arbeiter Löhne und Einrichtungen zu. Ausstellung eines möglichst gleichen Tarifs. Filiale Waldshut.

Antrag IV.

„Infolge der vielen Arbeiterinnen, die unsern Verbände noch fernstehen, stellen wir den Antrag, daß mindestens einmal im Jahre eine Referentin im Gau zu bearbeiten hat.“

Antrag V.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag VI.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag VII.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag VIII.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag IX.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag X.

„Es hat sich herausgestellt, daß bei der immer größer werdenden Ausbreitung des Verbandes im Gau die Arbeit von einem Gauleiter nicht mehr bewältigt werden kann. Der Gau Süddeutschland soll deshalb in zwei Teile geteilt werden, und zwar 1. Gau Elß-Lothringen und Pfalz, 2. Gau Württemberg und Baden.“

Antrag VI.

„Der Gau ist in 3 Bezirke zu teilen, und zwar:

- 1. Bezirk Württemberg und Hohenzollern,
2. Bezirk Sachsen und Pfalz,
3. Bezirk Elb-Lothringen.

Filialen Göttingen und Reutlingen.“

Antrag VII.

„Die zu Vitem 1906 in Mülhausen in Thüringen tagende Generalversammlung des Verbandes möge beschließen: Der Zentralvorstand wird ermächtigt, in allen Orten oder Textilzentralen, in welchen mindestens 6000 Textilarbeiter beschäftigt sind, auf Verlangen der Ortsverwaltungen oder der Einzelmitgliedschaften einen Geschäftsführer anzustellen und diese Orte mit Geldmitteln solange zu unterstützen, bis die Filialen oder Einzelmitgliedschaften aus eigener Kraft die Lasten tragen können.“

Mülhausen, Reutlingen, Göttingen und Colmar.

Antrag VIII.

„Die Gaukonferenz möge beschließen: Es ist auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes darauf hinzuwirken, daß weibliche Agitationskräfte herangebildet werden.“

Filiale Colmar.“

Hierauf referiert Kollege Krähig über: „Unsere weitere Agitation in Süddeutschland.“ Man hat die Arbeiter zu einer Demonstrationspolitik zu erziehen suchen. Es müsse der Regierung nun endlich einmal klar gemacht werden, daß die Textilarbeiter nicht mit den Handlungen der Regierung durchaus nicht einverstanden sei. Durch Massenversammlungen könne man dies der Regierung am besten zu verstehen geben. Man habe im Elsaß den Versuch gemacht, den Jehntundentag zu erkämpfen, dies ist aber durch die Christlichen, welche sich mit 10 1/2 Stunden begnügten, wieder vereitelt worden. Jetzt sei die beste Zeit, den Industriellen Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten. Die Konjunktur sei jetzt eine ausgezeichnete. Die Berichte des „Konfessionärs“ lauten in dieser Hinsicht äußerst günstig. Viele Fabriken seien mit Ölbraten bis ins dritte Quartal 1906 versehen. Wenn nun von Mülhausen ein Wort gesprochen würde, so würde dies auf das ganze übrige Land. Man würde aber den richtigen Ernst nicht in die Bewegung bringen, wollte man sich nur mit der Forderung des Jehntundentages begnügen. Es gebe leider noch massenhaft Arbeiter und Arbeiterinnen, welche der Meinung sind, daß sie bei einer recht langen Arbeitszeit viel verdienen können. Man müsse, um diese Arbeiter für sich zu gewinnen, auch die Forderung einer Lohnerhöhung mit ins Auge fassen. In Martitz und Lambrecht sei es auf diese Weise gelungen, die Forderungen durchzubringen. Die Mülhäuser in sanitärer Beziehung treffen alle Arbeiter, während diese in wirtschaftlicher Beziehung nur die Arbeiter treffen. Man habe ja in sanitärer Beziehung noch überhaupt sehr viel Mülhäuser. So seien man in einem Nebenort in St. Eisingen noch die Petroleumbeleuchtung angetroffen. Immer bei vier Weibstühlen sei eine Petroleumlampe angebracht. Bei der Firma Guttman in Göttingen brennen in verschiedenen Sälen Tag und Nacht die Lampen. Das müsse doch äußerst nachteilig auf die Gesundheit der Arbeiter einwirken. Mit der Ventilation sei es nur in vielen Betrieben mit der Heizung, wie der Bestillation. Das Trinkwasser sei oftmals direkt gesundheitschädlich. So sind in Colmar infolge Genusses schädlichen Trinkwassers Typhuserkrankungen vorgekommen. Wie mit dem Trinkwasser, so sei es auch mit dem Abwasser. In vielen Betrieben müßten sich alle Arbeiter in einem und demselben Kübel waschen. Daß dadurch Hautkrankheiten weitergetragen werden, kümmert die Herren Industriellen nicht. Die gleichen und oftmals die schlimmsten Missetaten sind auch in den Aborten anzutreffen. Die Appreturarbeiter müßten oftmals in einer Atmosphäre von 60 bis 70 Grad Hitze arbeiten. Hier sei es schon vorgekommen, daß man Arbeiterinnen bewußtlos aus den Fabrikräumen tragen mußte.

Nicht minder seien die Missetaten in wirtschaftlicher Beziehung. Bei Warten auf Ketten sollte Entschädigung gezahlt werden. Bei den Spinnereiarbeitern sollten auch die Nebenarbeiten bezahlt werden. Von all diesem wollen aber die Herren Industriellen nichts wissen. In der Lambrecht Bewegung habe man eine Formel getroffen, diesen Missetäten abzuhelfen. Dort hat der Arbeiterausschuß die Aufgabe erhalten, als Begutachter zu fungieren, ob bei eventuell vorkommendem schädlichem Material Entschädigung gezahlt werden soll und wie weit diese zu zahlen ist. Die Ortsverwaltungen sollen selbst die einzelnen Vorbereitungen treffen, um in eine Lohnbewegung einzutreten zu können, nur soll der Gauvorstand bei jedem Falle benachrichtigt werden. Durch größere erfolgreich durchgeführte Lohnbewegungen werde man auch die uns fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Bewegung gewinnen können. Zum Schlüssel der badischen Bewegung müßte Lörach dienen. Die Hauptsache aber sei, daß die Leitung dieser Bewegungen in die Hände herrlicher Kollegen gelegt werde. Was für traurige Zustände herrschen nur in Lörach! Dort hat der Fabrikant sämtliche Wohnungen gemietet. Bekommt ein Arbeiter dort Beschäftigung, so ist er gezwungen, beim Fabrikdirektor um eine Wohnung zu bitten, und bekommt gewöhnlich dafür die denkbar schlechteste. In Württemberg muß die Agitation auf eine ganz andere Art und Weise durchgeführt werden. Man habe hier hauptsächlich mit sehr vielen Kleinbetrieben zu rechnen. Größere Betriebe sind sehr wenige zu verzeichnen. Zudem bestünde die württembergische Textilarbeiterchaft vorwiegend aus ländlicher Bevölkerung. Hier werde man immer in bestimmten kurzen Zeitabschnitten Flugblätter kleineren Formats verbreiten müssen. Was die Löhne in der württembergischen Textilindustrie anbelangt, so könne man ohne jede Uebertreibung sagen, daß in Württemberg die denkbar schlechtesten Löhne gezahlt werden. Redner kommt dann in seinen weiteren Ausführungen auf das Benehmen eines Buchhalters in einer Honauer Versammlung zu sprechen. Dieser gestaltete Federheft in sprachen während der Ausführungen des Referenten Krähig von seinem Sitze auf und drohte ihm sowie dem Vorsitzenden mit einer Verurteilung, Kollegen C. E. r. t. Reutlingen, mit einer tüchtigen Tracht Prügel. D. S.) Wenn die württembergischen Textilarbeiter einmal das gleiche Interesse für die Versammlungen an den Tag legen wie die Angestellten und Meister dieser Betriebe, dann werde man in Württemberg immer überfüllte Versammlungen zu verzeichnen haben. Redner kommt dann auf die Tarifbewegung zu sprechen und stellt zu diesem Punkte folgenden Antrag:

„Die erste Gaukonferenz des Gau Süddeutschland beschließt erstens: Auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes in Mülhausen ist auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Lohnsätze und Tarifgemeinschaften in der Textilindustrie.“

2. Die nächste Generalversammlung möge zu diesem Punkte beschließen, der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, alsbald an die Ausarbeitung von Einheitslohnentaxen für die verschiedenen Branchen unseres Berufs heranzutreten. Er hat insbesondere zu diesem Zweck für jede Branche eine Konferenz zusammen zu berufen, welche aus den Hauptindustriellen des Reiches in der betreffenden Branche beauftragt werden muß. Diese Konferenz hat zum Zweck, unter zu Grundelegung schon vor-

handener Tarife, das Gerippe für den Einheitslohnentaxen aufzustellen. Nachdem dieses Gerippe, hat der Vorstand, oder an dessen Stelle eine besondere Tarifkommission den Tarif zu entwerfen und den Entwurf den einzelnen Orten zur Diskussion und Rückföherung zu überfenden. Sobald die hierzu festgesetzte Frist abgelaufen ist, ist der Entwurf mit den etwaigen Abänderungsvorschlägen an den Vorstand beziehentlich die Tarifkommission einzufenden. Sobald dies geschehen ist, werden die Teilnehmer der ersten Konferenz zu einer neuen Tagung zusammenberufen, um unter Berücksichtigung der eingegangenen Abänderungsvorschläge den endgültigen Tarif aufzustellen. Sämtliche Einheitslohnentaxen sind dann der nächsten Generalversammlung im Jahre 1908 zur Annahme vorzulegen.“

Krähig.“

Zur Gaueinteilung bemerkt Redner, daß ihm der Antrag Reutlingen-Göttingen sympathisch sei, als der Mülhäuser. Die Christlichen hätten in unserem Gau auch drei Sekretäre angestellt, welche nun auch ihrerseits mit aller Energie arbeiten. Der Gau umfaßt 170 000 Textilarbeiter, und zwar: Elsaß 70 000, Baden 40 000 und Württemberg 45 000. Wenn Elsaß geteilt werden soll, dann haben wir wohl die Berechtigung, das gleiche zu verlangen. Zum Schluß bemerkt Redner, daß der Antrag VII mit zur Diskussion gestellt werden soll. Hier wird die Sitzung abends 8 Uhr abgebrochen.

2. Sitzungstag.

Kollege Gsell eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr vormittag. Zur Beratung steht Punkt 4, die dazu gehörigen Anträge und das Referat Krähigs.

Müller-Kuchen fragt an, wann Frau Greiffenberg ihre Agitationstour in Württemberg beginnt, worauf Gsell-Mülhausen den 14. Januar als Anfangstermin benennt.

Der Waldshuter Delegierte verlangt, daß vom Gauvorstand an die verschiedenen Funktionäre Agitationsmittel in Form von Handbüchern herausgegeben werden und ersucht um Annahme des Antrags III (Waldshut).

Gümbel-Stuttgart erklärt sich für den Ausführungen Krähigs einverstanden. Die Stellung Reichels und Laßts auf einer Konferenz der Gauleiter den süddeutschen Textilarbeitern gegenüber sei ihm unverständlich.

Hübisch-Berlin erklärt, daß der Gau unbedingt zu groß sei. Aber aus finanziellen Gründen könne er einer Dreiteilung des Gaues nicht zustimmen. Man habe z. B. in Norddeutschland Gau, welche zum mindesten ebenso groß seien wie der Gau Süddeutschland. Würde die Generalversammlung für den Antrag Göttingen-Reutlingen stimmen, dann würden in Norddeutschland die gleichen Forderungen gestellt werden, und dies würde momentan die Kasse zu sehr belasten. Redner spricht sich für eine Zweiteilung des Gaues aus.

Der Freiburger Delegierte stellt hierauf folgenden Antrag:

„Die Gaukonferenz möge beschließen, den Gau Süddeutschland in zwei Bezirke zu teilen, aber mehrere Geschäftsführer anzustellen.“

In dem nun folgenden Schlußwort Krähigs erklärt dieser, daß in Zukunft dem Zentralvorstand mehr freie Hand gelassen wird, als bisher. Wenn in irgend einem größeren Bezirk eine durchgreifende Agitation notwendig ist, dann solle man dem Zentralvorstand keine Grenzen ziehen. Der Zentralvorstand komme im ganzen Lande herum, er stehe im Verkehr mit allen Verbandsfunktionären, er lerne alle Verhältnisse der einzelnen Landesteile kennen, er müsse dann auch am besten wissen, wann, wie und wo eine durchgreifende Agitation am Platze sei. Bisher wurde dieser aber oftmals durch den Zentralausschuß, welcher ja nicht viel aus seiner Klasse herauskomme und daher auch die Verhältnisse der einzelnen Landesorganisationen nicht so kenne, an seinem freien Willen gehindert. Das seien Zustände, welche unbedeutend befristet werden müßten.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung über die bis dahin zur Debatte gestellten Anträge ergab folgendes Resultat:

Antrag 1, 2, 3, 4, 6 und 7 abgelehnt, ebenso der Antrag Klingler-Mülhausen, betreffs Drücklegung des Geschäftsberichts, und der Antrag Krähig zur Tarifbewegung.

Die Anträge 5 und 8 wurden zurückgezogen.

Der Antrag Freiburg wurde abgelehnt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung bedauert Krähig, daß die Tagesordnung zur Generalversammlung so spät veröffentlicht wird. Dadurch werden die Delegierten zur Generalversammlung nicht genügend vorbereitet. Redner wünscht, daß auf der Generalversammlung Stellung zur internationalen Textilarbeiterkonferenz genommen wird. Die Fachzeitung soll in eigene Regie mit dem Zentralvorstand zusammengezogen werden. Redner ist nicht dafür, daß der Sitz des Zentralvorstandes nach Chemnitz verlegt werde. Wenn er überhaupt verlegt werden soll, dann möge man ihn nach dem Rheinland verlegen. Dort hätte er dann bessere Gelegenheit, mit den Christlichen gehörig abzureden. Gegen letztere würde es sich empfehlen, als bisher. Was den Inhalt unserer Fachzeitung anbelange, so befriedige dieser nach keiner Seite. Diese sollte mehr anfeuernd wirken. Wenn ein Redakteur nicht ausreiche, so stelle man einen zweiten an. Die Zeitung soll nach Berlin verlegt werden. Der Kollege, der bis jetzt die Zeitung inne hatte, müßte man selbstverständlich tatkräftig unterstützen. Der Zentralausschuß soll nicht länger in Berlin bleiben. Derselbe sollte vielmehr nach Gera oder Crimmitschau verlegt werden. Es würde sich auch empfehlen, wenigstens den Vorschlag zu machen, ob es nicht vorteilhaft wäre, wenn neben den besoldeten auch unbesoldete Kollegen in den Zentralvorstand gewählt würden. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung empfehle er, eine Abstimmung unter den Kollegen darüber vorzunehmen, ob diese Unterstützung überhaupt eingeführt werden soll. Ferner solle man dahin arbeiten, die Kollegen mit einer in einigen Jahren eingehenden Beitragserhöhung vertraut zu machen. Er empfehle daher, in den einzelnen Filialen schon jetzt mit einer kleinen Beitragserhöhung zu beginnen. Das läme einerseits den Sozialnach zu gute, und andererseits könnten sich die Mitglieder der Sozialnach und auch erhöhte Beiträge gewöhnen. Redner kommt hierauf auf die bei Lohnkämpfen einschlagende Taktik zu sprechen und geht dann auf die Verhandlungen des letzten Gewerkschaftskongresses über. Geschäftsmäßig behandelt worden. Von pulserendem Leben in gewerkschaftlichem Sinne keine Spur. Geradezu ein Standal sei es, wie einzelne Gewerkschaften der Metallarbeiter und uns in Unterzüngefragen gegenüberstehen. Die Metallarbeiter haben sich in dieser Beziehung besonders hervorgehoben. Das fortwährende Vorwärtstreiben der Unterstützung in Crimmitschau von verschiedenen Verbandsbeamten sei der reinste Hohn auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Redner wünscht, daß es unsere Organisation so weit bringen möchte, daß wir bei Lohnkämpfen einschlagende Lohnkämpfen selbständig vorgehen können. So wie bisher könne es auf keinen Fall weiter gehen, es würde deprimierend wirken, wenn wir fortwährend bei anderen Organisationen um Unterstützung

anhaltend sollen. Redner wünscht neben diesem Referat folgende Anträge mit zur Diskussion zu stellen:

Antrag IX.

„Die Gaukonferenz möge beschließen: die nächste Generalversammlung möge vorläufig von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung so lange absehen, bis der Mitgliederbestand in allen Textilzentren durch eine sofort ins Werk zu setzende intensive Agitation eine Höhe erreicht hat, welche dem Verband auch bei einer vorübergehenden inneren Krise, wie sie bei Beitragserhöhungen leider zu entstehen pflegt, in finanzieller Hinsicht eine gesicherte und gefestigte Grundlage und dadurch die erforderliche Aktionsfähigkeit des Verbandes sichert.“

Gau-Vorstand und Filiale Reutlingen.“

Antrag X.

„§ 12 des Verbandsstatuts erhält folgenden Zusatz: „In einer Textilzentrale darf im Umkreise von 10 Kilometern keine weitere Filiale des Verbandes errichtet werden, wenn schon eine solche in der Zentrale besteht. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Ortschaften haben sich vielmehr der schon bestehenden Filiale anzuschließen.“

In der hierauf folgenden Debatte erklärt Hübisch-Berlin, daß der Antrag Göttingen für ihn nicht annehmbar sei. Was die Verlegung des Fachorgans anbelange, so sei es für unsere Organisation entschieden vorteilhafter, wenn Redakteur und Zentralvorstand in engerer Föhlung stünden. Er glaube bestimmt, daß sich auch die Generalversammlung dafür aussprechen wird, die Fachzeitung mit dem Zentralvorstand zu vereinen. — Bezüglich der Tariffrage halte er es für notwendig, sich mit ihr zu beschäftigen, und zwar auch aus agitatorischen Gründen, nur fürchtet Redner, daß es infolge der vielen verschiedenenartigen Artikel, welche hier in Frage kommen, ungeheuer schwer fallen wird, alles in einem Tarif zu vereinen.

Der Waldshuter Delegierte tabelt in längeren Ausführungen das Verhalten des Zentralvorstandes während der Streiks in Sachsen und wünscht dann, daß die Unterstützungsfrage geregelt werde. In unserem Fachorgan müsse eine kräftigere Schreibweise eingeföhrt werden. Es müsse in dieser Beziehung gegen die Christlichen mit schwerem Geschö aufgeföhren werden. Sogar die Pfarrer stellen sich diesen zur Verfügung, um gegen die freien Gewerkschaften unter Anwendung der ordinärsten Mittel Agitation zu treiben.

Es sind folgende Anträge eingegangen:

Antrag Lambrecht:

„Die Generalversammlung möge beschließen, die Auszahlung der Reiseunterstützung anders zu regeln; damit die Unannehmlichkeiten, die zwischen Reisen und Kassieren oftmals, in Zukunft vermieden werden, muß jedem Kollegen, gleichviel ob er die zur Auszahlung gelangende Strecke per Bahn oder zu Fuß zurückgelegt hat, 2 Pf. per Kilometer ausbezahlt werden.“

Antrag Göttingen:

„Die Filialen, welche Geschäftsführer anzustellen gedenken, sollen jetzt schon darauf hinwirken, Lokalzuschläge zu erheben.“

Antrag Göttingen:

„Da die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen verschieden sind, die Gauleiter aber laut Beschö, der Generalversammlung überall den gleichen Gehalt beziehen, beantragen wir, die Gehälter der Gauleiter so zu regeln, daß diese den Verhältnissen der einzelnen Landesteile angepaßt werden.“

Rimmell-Lambrecht spricht für seinen Antrag.

Der Bismiller Delegierte regt an, ob es aus Sparmaßregeln nicht vorteilhafter wäre, den neu ausgetriebenen Mitgliedern im ersten Beitragsjahre statt des Mitgliedsbuches nur Mitgliedskarten auszuhändigen, wie dies bei verschiedenen anderen Organisationen auch eingeföhrt sei.

Dieser Anregung wird jedoch von verschiedenen Seiten widersprochen.

Der Waldshuter Delegierte wünscht Auskunft, ob sich die Herstellungskosten des Fachblattes durch die Ueberbedelung nach Berlin billiger gestalten würden als bisher, welches vom Kollegen Hübisch bejaht wird.

Brunner-Stuttgart wünscht, daß überall die gewerkschaftlich organisierten Kollegen, auch die oberer Berufe, aufgeföhrt werden, deren Frauen und Töchter, soweit sie in der Textilindustrie beschäftigt sind, dem Textilarbeiterverband zuzuföhren.

Greif-Mülhausen fragt an, ob sich auf den Ausnahmefällen nicht eine Bemerkung einschalten lasse, durch welche ersichtlich wäre, in welchem Betriebe das neu ausgenommene Mitglied beschäftigt ist. Nachdem dies vom Kollegen Hübisch bejaht wird, wünscht Kappeler-Göttingen, daß in dem Unterstüfungswesen Oesterreichs und Deutschlands eine Regelung herbeigeföhrt wird. Nach kurzen Bemerkungen Krähigs gegen den Antrag 10 (Göttingen) wird dieser von dem Göttinger Delegierten zurückgezogen und vom Kollegen Krähig folgender Abänderungsantrag eingereicht:

„§ 12 unseres Verbandsstatuts erhält folgenden Zusatz:

„In einer Textilindustrie-Zentrale, in der die Arbeiter eines oder mehrerer Orte zur Wahrung ihrer Berufsinteressen auf einander angewiesen sind, darf eine weitere Filiale des Verbandes nicht gegriindet werden, wenn schon eine solche besteht. Denn dadurch wird nur die einheitliche Geschäftsföhrung erschwert und die Aktionsfähigkeit geföhmt.“

Die bestehende Filiale hat in solchen Fällen in den einzelnen Orten oder Ortsteilen Mitgliedschaften der Filiale zu errichten und für jede derselben einen Beitragsammler zu bestellen.“

Krähig.“

Nach kurzer, unwesentlicher Debatte wird der Antrag Lambrecht „Regelung der Reiseunterstützung“ angenommen; ebenso der Antrag Göttingen, betreffs Anstellung von Geschäftsföhren und der weitere Antrag Göttingen, betreffs Regelung der Gehälter der Gauleiter. Der letzte Antrag Krähig wurde gleichfalls angenommen.

Als Gauleiter wurde einstimmig Kollege Krähig wieder gewählt.

Nach einem kernigen Schlußwort des Kollegen Gsell, und nachdem die Delegierten die Arbeit unbedenklich gelassene Konferenz geschlossen.

Hermann-Cert-Reutlingen.

Bemischtes.

Das internationale Sozialistische Bureau wird im Laufe des Monats März zu einer Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung stehen die folgenden vier Punkte: Der Antrag Ballant, betreffs der Haltung des internationalen Proletariats im Falle eines Krieges; der Antrag des Genossen Van Ros, die Regelung des auf den internationalen Kongress anzuwendenden Abstimmungsmodus; und die Vertretung der sozialistischen Parteien im internationalen Bureau; vom Genossen Troelstra wird beantragt, zu verhandeln über die Situation in Rußland und die Vertretung der revolutionären Bewegung auf die anderen Länder; als letzter Punkt figuriert ein Bericht des schwedischen Delegierten über die letzte Arse.